

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) Titelgruppe 60 und dort die Schwangerschaftsberatungsstellen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenenthaltungen? - Dies bedeutet, daß auch dieser Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt worden ist.

Wir kommen in der geteilten Abstimmung jetzt zum **Unterpunkt b)**. Dabei handelt es sich um die Förderung **unabhängiger Beratungsstellen in Kapitel 07 050**.

Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenenthaltungen? - Ich stelle fest, daß auch dieser Antrag mit demselben Stimmenergebnis abgelehnt worden ist.

Wir kommen jetzt zum **Antrag** der Fraktion F.D.P., Drucksache 11/8174, betreffend **Kapitel 07 020** und dort die Titelgruppen 67, 73 und 74. Das Stichwort hierzu lautet: Keine Bevorzugung bei Qualifizierungsmaßnahmen von Arbeitnehmern aus Stahlunternehmen.

(B) Wer hierzu seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion und der CDU-Fraktion abgelehnt worden.

Wir kommen dann zweitens zur Abstimmung über Einzelplan 07. Hierzu gibt es mit der Drucksache 11/8007 eine **Beschlußempfehlung**. Wer dieser Beschlußempfehlung, den Einzelplan 07 in zweiter Lesung anzunehmen, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenenthaltungen? - Dann ist dieser Beschlußempfehlung mit den Stimmen der SPD-Fraktion **entsprochen** worden. Die anderen drei Fraktionen haben dagegen gestimmt.

Wir kommen drittens zur **Abstimmung** über den **Antrag** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/7092. Hier geht es um den Antrag zur Schaffung eines Förderprogramms "Soziale Betriebe" als zukunftsweisendes Instrument zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. - Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat hierzu beraten und mit Drucksache 11/8066 eine **Be-**

schlußempfehlung ausgearbeitet, in der der **Antrag** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt wird. **(C)**

Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenenthaltungen?

(Allgemeine Unruhe - Abgeordneter Rösenberg [CDU]: Was ist denn nun? - Heiterkeit)

- Ich stelle fest, daß es immer noch richtig ist, daß diese Beschlußempfehlung entsprechend dem Votum des Ausschusses von der Fraktion der SPD **angenommen** worden ist. Soweit ist das sehe, hat sich die CDU-Fraktion an der Abstimmung nicht beteiligt, die GRÜNEN haben entsprochen. Und die F.D.P.?

(Zurufe von der F.D.P.)

- Auch abgelehnt! - Danke schön.

(Allgemeine Unruhe - Abgeordneter Frechen [SPD]: Hühnerhaufen! - Zurufe)

- Es gibt keinen Grund zur Entrüstung. Der "Hühnerhaufen" ist hier öfters zu beobachten.

Damit haben wir die Beratung des Einzelplans 07 **abgeschlossen** und kommen zur **Nummer 4**: **(D)**

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/8010 und die Änderungsanträge Drucksachen 11/8155 und 11/8156, die von der Fraktion der CDU gestellt worden sind, sowie die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Drucksache 11/8157 mit dem Teilbereich 9, Drucksache 11/8168 mit zwei Anlagen und Drucksache 11/8169.

Ich rufe zunächst auf:

a) Umweltschutz und Raumordnung,

eröffne hiermit die **Beratung** und erteile dem Vorsitzenden des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung, Herrn Kollegen Stump, das Wort zu einer Korrektur des Berichtes, den der **Umweltausschuß** dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuß vorgelegt hat. Bitte schön.

(A) **Abgeordneter Stump (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit die Beratung auch auf einer gesicherten Grundlage erfolgt, sehe ich mich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, daß in der Drucksache 11/8010 in der beigehefteten Vorlage 11/3430 des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung bedauerlicherweise ein Fehler enthalten ist, den ich hiermit mündlich vortragen und zugleich korrigieren möchte.

Bei der Abstimmung des Antrages 03 der SPD-Fraktion hat die CDU-Fraktion mit "nein" gestimmt. Ich habe die herzliche Bitte, daß alle entsprechenden Protokollierungen geändert werden und, soweit Publikationen dazu erfolgt bereits sind, die Änderung dort ebenfalls nachvollzogen wird. Es ist bedauerlicherweise ein Fehler in der Vorlage. Ich teile Ihnen das als Ausschußvorsitzender pflichtgemäß mit. - Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, wir bedanken uns beim Ausschußvorsitzenden, der den Bericht korrigiert hat.

Ich erteile nunmehr Frau Kollegin Dr. Schraps für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

(B) **Abgeordnete Dr. Schraps (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ziel einer glaubhaften Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen muß es sein, die Medien Luft, Wasser und Boden als unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Die CDU hat auf Bundesebene seit 1982 mit hohen Umweltstandards europa- und weltweit eine Spitzenstellung erreicht. Wenn in Nordrhein-Westfalen überhaupt etwas geschehen ist, dann auf der Grundlage dieser Bundespolitik.

(Lachen bei der SPD)

Von dieser Bundespolitik hat der Herr Umweltminister - er macht das geschickt - arg profitiert und seine roten Etiketten auf die schwarzen Umweltfrüchte geklebt. Herr Minister, das erinnert mich ein bißchen an die spanischen Etiketten auf den holländischen Tomaten und an die neuerdings umetikettierten Zwiebeln.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(C) Die Umweltpolitik Nordrhein-Westfalens ist auf Öffentlichkeitsarbeit des Umweltministers ausgerichtet, das heißt, auf öffentlichkeitswirksame Ziele, während umweltpolitische Ziele eine Nebensache sind. Allerdings werden die Erfolgsmeldungen - und das erfreut einen auch wieder - inzwischen von den Bürgern auf ihre Glaubwürdigkeit abgeklopft.

Dies wird auch geschehen, wenn zur finanziellen Unterstützung des anstehenden Wahlkampfes, diesmal mit Hilfe der SPD-Fraktion, mit einem 4-Millionen-Antrag

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Unerhört!)

Wahlkampf - Herr Strehl! - geleistet werden soll.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Unerhört!)

4 Millionen DM Steuergelder für eine Informationskampagne - das muß man sich vorstellen. Eine Informationskampagne, die der Minister, wie im Umweltausschuß mitgeteilt, im März 1995, kurz vor der Wahl, starten wird! Das erinnert fatal an die in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit kritisierte Müllkampagne in der heißen Phase des letzten Wahlkampfes.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Kuhl [F.D.P.]) (D)

Diesmal haben Sie das - das muß ich gestehen, Herr Minister - entschieden klüger eingefädelt, aber nichtsdestoweniger ist es genauso durchsichtig.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Auf der anderen Seite werden wichtige Umweltinformationen für den Bürger in Nordrhein-Westfalen zurückgehalten. Ich erinnere an die monatelange Verheimlichung der extrem hohen Dioxin-emissionsmeßwerte.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin Dr. Schraps, warten Sie bitte einmal einen Augenblick!

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) (Abgeordnete Dr. Schraps [CDU]: Wenn mir das nicht abgezogen wird, gerne.)

- Ihnen wird überhaupt nichts abgezogen.

(Heiterkeit)

Ich möchte nur herzlich bitten: Auf der Regierungsbank, bei der SPD-Fraktion, selbst in unserer eigenen Fraktion, Frau Kollegin Schraps, hört man nicht mehr zu. Das geht nicht.

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU): Das ist natürlich die Wirkung meiner Worte, die Herr Strehl immer veranlassen, zu schreien. Getretene Hunde bellen manchmal, Herr Strehl. - Darf ich fortfahren?

Ich wollte sagen, daß wichtige Umweltinformationen nicht zum Bürger kommen und als Beispiel die Verheimlichung der extrem hohen Dioxinemissionswerte an zwei Sinterbändern der Westfalahütte in Dortmund anführen.

(B) Ich darf aber auch, Herr Minister, auf den Erlaß zur Umsetzung der EG-Informationsrichtlinien hinweisen. Den haben Sie zwar unterschrieben, aber dessen Inhalt war Ihnen offensichtlich nicht bekannt. Das hat ja die öffentliche Sitzung im Untersuchungsausschuß gezeigt. Die Folge ist ein äußerst gestörtes Vertrauensverhältnis der Bürger zur Umweltpolitik dieses Landes.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Das hätten Sie wohl gern!)

Die Glaubwürdigkeit kann man anhand anderer Beispiele noch hinterfragen. Der Umweltminister fordert zum Beispiel ständig den Rückzug des Staates aus Aufgabenbereichen, fordert weitere Privatisierungsmaßnahmen. Tatsächlich versucht der Minister weiterhin, staatliche und halbstaatliche Verwaltungen in Nordrhein-Westfalen aufzublähen.

So ist es überhaupt nicht einsichtig, daß in Zukunft der Abfallentsorgungs- und Altlastenverband in einem eigenen Zentrum Schulung und Ausbildung im Bereich des Abfallsektors wahrnehmen soll. Ich frage: Wer zahlt dies? Marktnahe und zielgerichtete Ausbildung kann die private Entsorgungswirtschaft effektiver und für den Staat ohne finanzielle Belastungen wahrnehmen.

(C) Wie schnell dieser Umweltminister nach dem Staat ruft, zeigt auch die Diskussion um den Öko-TÜV. So entstammte die Idee, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Öko-Audit zu beauftragen, aus Nordrhein-Westfalen. Das ist dem "Handelsblatt" vom 13. Dezember 1994 bzw. den Worten des Präsidenten des Umweltbundesamtes zu entnehmen.

Die Glaubwürdigkeit dieser Landesregierung kann bei der Durchsicht des Haushalts 1995 weiter hinterfragt werden. Der Umweltminister hat in seiner Rede vom 21. September 1994 ausgeführt:

Eine besondere Aufgabe der Zukunft ist auch die Sanierung der defekten Kanalisationsnetze. Erhebliche Teile der Kanalnetze sind inzwischen 50 und mehr Jahre alt.

Betrachten Sie aber jetzt den Haushaltsentwurf 1995, so stellen Sie fest, daß die Mittel des Umweltetats nicht nur um 66 Millionen, d.h. um 7 %, gekürzt worden sind, sondern daß die Zukunftsaufgabe Sanierung der Kanalisation sich überhaupt nicht mehr entsprechend im Haushalt wiederfindet. Also, wieder eine Sprechblase und Vollzugsdefizit!

(D) Vollzugsdefizite gibt es vor allem auch im Abfallsektor - Vollzugsdefizite, die zu fortgesetzten Umweltbelastungen führen, von dieser Landesregierung aber totgeschwiegen werden.

Ich darf noch einige Defizite in aller Kürze nennen: Die Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Nordrhein-Westfalen findet im Haushalt überhaupt nicht statt, obwohl dieses Kreislaufwirtschaftsgesetz verabschiedet ist und 1996 in Kraft tritt.

Es gibt kein ökologisch verträgliches Energiekonzept für Nordrhein-Westfalen, kein Konzept der Landesregierung mit dem Ziel, verstärkt nachwachsende Rohstoffe, regenerative und umweltschonende Energien wie Wind, Wasser und Sonne einzusetzen. Es gibt lediglich die Aussage zum Ausstieg aus der Kernenergie, die ich als wahltaktisches Manöver werte, um ein wichtiges Feld des politischen Lieblingsfeindes Herrn Matthiesens, der GRÜNEN, zu besetzen.

Der Bodenschutz wird nicht vorangetrieben. Wo ist die Erfüllung des Versprechens, in dieser Le-

(Dr. Schraps [CDU])

- (A) gislaturperiode in Nordrhein-Westfalen ein Bodenschutzgesetz zu schaffen, wenn der Bund dies nicht leistet? Diesem Versprechen ist nicht entsprochen worden.

In Nordrhein-Westfalen gibt es trotz Deregulierungsversprechen des Ministers einen nicht mehr nachvollziehbaren Umweltnormenschwungel, unzählige technische Regelwerke. Im Umweltrecht herrscht ähnliches Chaos wie im Steuerrecht. Transparenz bleibt auf der Strecke. Die Umweltkriminalität ist gestiegen - siehe neueste Zahlen des Bundesumweltamtes. Ebenfalls astronomisch gestiegen sind in den letzten Jahren die Abfall- und Abwassergebühren. Sie haben sich zu einer zweiten Miene entwickelt. Vorhandene Rationalisierungspotentiale werden nicht genutzt.

Lassen Sie mich noch das freiwillige ökologische Jahr ansprechen: Es ist als Instrument der Umwelterziehung wichtig - nicht nur, weil es dem Bedürfnis junger Menschen entspricht, sich für die Umwelt zu engagieren. Bei knapp 7 000 Schulabgängerinnen und Schulabgängern, die derzeit ohne Ausbildungsplatz sind, bietet sich hier für einige Jugendliche die einmalige Chance, die Wartezeit sinnvoll zu gestalten. Auch hier ist nichts geschehen.

- (B) Abschließend noch ein Beispiel für die nachlässige Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen und gleichzeitig die Begründung für unseren Haushaltsantrag: Wir müssen in Nordrhein-Westfalen mit rund 30 000 Altlastenverdachtsflächen rechnen. Trotzdem fehlt in Nordrhein-Westfalen ein umfassendes Altlastensanierungskonzept, um Boden und Grundwasser wirkungsvoll zu sanieren bzw. zu schützen.

Beim Vergleich des Landeshaushalts fällt auf, daß die Mittel für die Altlastensanierung sogar schrittweise reduziert werden. 1993 standen noch über 5 Millionen DM als Zuweisung für Gefährdungsabschätzung und Sanierungsuntersuchung für die Gemeinden bereit, 1995 steht nur noch eine Million DM zur Verfügung.

Auch im Bereich der Umnutzung ehemaliger militärisch genutzter Flächen brennt es. Bis 1995 werden in Nordrhein-Westfalen 200 militärische Liegenschaften von Bundeswehr und Alliierten freigezogen und zur Umnutzung bereitstehen. Weitere 100 kommen dazu. Das bedeutet unter

anderem auch 100 000 Arbeitsplätze, davon 22 000 Zivilbeschäftigte. Ein Lösungsvorschlag der Landesregierung ist in weiter Ferne. (C)

Andere Bundesländer haben längst gehandelt. Es geht hier auch nicht darum - das muß man richtig verstehen -, daß Nordrhein-Westfalen diese Flächen saniert. Das ist Aufgabe des Bundes. Hier geht es darum, die Gemeinde bei der Umnutzung zu unterstützen, zum Beispiel durch eine Gefährdungsabschätzung im Hinblick auf das spätere Flächen-Recycling oder durch frühe Vorplanungen für die spätere Nutzung. Dies gilt insbesondere auch für Kasernen, in denen dringend benötigter ziviler Wohnraum geschaffen werden kann. Ein Beispiel ist Iserlohn, aber leider ein einsames.

Das heißt also, Altlastensanierung bedeutet nicht nur Schutz der Umwelt, sondern Bereitstellung dringend benötigter Flächen für Wohnungen, für Gewerbe, für Industrie in Stadtzentren mit guter Infrastruktur. Altlastensanierung bedeutet also auch, den steigenden Flächenverbrauch in Nordrhein-Westfalen zu reduzieren.

Herr Umweltminister, es gibt Defizite, wo man hinschaut. Aber es gibt weder Konzepte noch im Haushalt Ansätze, diese Defizite zu reduzieren. Ich meine, es wäre besser, wenn sich der durch zwei Untersuchungsausschüsse angeschlagene Umweltminister weniger mit der GRÜNEN-Fraktion als zukünftigem ungeliebten Koalitionspartner beschäftigte. Machen Sie lieber, wenn Ihnen die Zeit als Umweltminister noch bleiben sollte, Herr Matthiesen, eine bessere Umweltpolitik für unser Land, (D)

(Beifall bei der CDU)

für unsere Bürger und für die Zukunft. - Danke.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner, Herrn Kollegen Strehl, das Wort erteile, darf ich Gäste aus dem Ausland herzlich willkommen heißen. Es sind Abgeordnete und Vertreter der Regierung unseres europäischen Nachbarlandes Ungarn. Herzlich Willkommen. Szeretettel Gdvozlom!

(Allgemeiner Beifall)

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Ich hatte mit einer Reihe von Kollegen schon Gelegenheit, unsere Gäste vorhin zu begrüßen. Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß wir den Ungarn nicht vergessen werden, daß sie die ersten waren, die den Stacheldraht abgebaut haben.

(Allgemeiner Beifall)

Das hat viel zur freiheitlichen Entwicklung in Europa beigetragen. - Herr Kollege Strehl, Sie haben für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Strehl (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Schraps, das war nun in der Tat keine Sternstunde Ihres bisherigen parlamentarischen Wirkens,

(Beifall bei der SPD)

was Sie hier abgeliefert haben. So eine wirklichkeitsfremde, geradezu groteske Darstellung der Umweltbedingungen hier hätte ich von Ihnen nicht erwartet.

(Abgeordnete Dr. Schraps [CDU]: Getroffene Hunde bellen!)

- (B) Ich will zwei Beispiele herausgreifen: Einmal fordern Sie ein Bodenschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen ein.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Schraps [CDU])

Dabei wissen Sie doch ganz genau, liebe Frau Dr. Schraps, daß wir uns häufig, sowohl im Ausschuß wie auch plenar, darauf geeinigt haben, daß es zunächst einmal aus Gründen des Wettbewerbs, aus Gründen der einheitlichen Regelung sinnvoll ist, wenn hier der Bund von seiner Rahmenkompetenz Gebrauch macht, um einheitliche Bedingungen für das gesamte Bundesgebiet zu schaffen. Darauf haben wir gesetzt.

Leider müssen wir den Bundesgesetzgeber aber bei allen wirklich interessanten Umweltinitiativen geradezu dahin tragen, damit etwas Vernünftiges dabei herauskommt. Das war zum Beispiel auch bei der Ozon-Diskussion so. Wer bringt denn morgen früh im Bundesrat eine Initiative ein, etwa der Bundesumweltminister? Nein, das tun die Umweltminister auf Initiative unseres Ministers Matthiesen. Daher kommt die Initiative.

Dann stellen Sie sich hier hin und inkriminieren, daß gewisse Gesetze aus Nordrhein-Westfalen nicht gekommen sind. Das ist wirklich eine unglaubliche Verdrehung der Fakten, Frau Dr. Schraps. Eigentlich ist das Ihrer bisherigen Aufgabe nicht würdig, was Sie heute abgeliefert haben.

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Strehl, darf ich Sie einmal unterbrechen? Wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Gerne, ja.)

- Frau Schraps, bitte schön.

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU): Herr Strehl, Sie haben beschlossen - nicht wir haben beschlossen -, daß Nordrhein-Westfalen kein Bodenschutzgesetz bekommt.

Was halten Sie von Ihrer Glaubwürdigkeit, wenn Herr Pflug in einer der ersten Plenarsitzungen dieses Bodenschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen schon angekündigt hat

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Versprochen hat!)

(D)

- versprochen hat?

Abgeordneter Strehl (SPD): Wir haben immer wieder gesagt - und da haben Sie jeweils auch zustimmend genickt -, daß es sinnvoll sei, zunächst einmal eine Bundesrahmenrichtlinie abzuwarten

(Zurufe von CDU und GRÜNEN)

und dann diese mit spezifischen nordrhein-westfälischen Aspekten auszufüllen. Das ist ja auch sinnvoll, liebe Frau Dr. Schraps, weil wir eben keine Wettbewerbsverzerrungen haben wollen, weil wir klarstellen wollen, daß eine einheitliche Regelung erforderlich ist. Deswegen ist der Bund ja auch zunächst im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung zuständig.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Schraps [CDU])

Sie können sich also überhaupt nicht herausreden. Es war sinnvoll und zweckmäßig zuzuwarten.

(Strehl [SPD])

- (A) ten, zumal Versprechungen, Referentenentwürfe im Bundesumweltministerium vorlagen. Leider konnte sich Herr Töpfer im Bundeskabinett nicht durchsetzen; deswegen ist keine Regelung vorgelegt worden. Ich befürchte, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß leider auch seine Nachfolgerin, Frau Merkel, wenig in der Lage ist, vernünftige Initiativen vorzuschlagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte bei enger werdenden Verteilungsspielräumen eine Bemerkung an den Beginn setzen: Die Überlegung, die da und dort angestellt wird, und der daraus möglicherweise entstehende Eindruck, daß Umweltpolitik in Zeiten knapper Finanzmöglichkeiten nicht mehr die Bedeutung hat, die ihm eigentlich zukommt, gilt in Nordrhein-Westfalen nicht. Ein Blick in den Haushalt und auf die praktische Umweltpolitik unseres Landes beweist, daß dieser Eindruck in der Tat falsch ist. Leider wird zum Teil, insbesondere von Ihnen als der Opposition, dieser Eindruck vermittelt, den wir als SPD hier eindeutig zurückweisen.

Es bleibt so, meine Damen und Herren, und für die SPD-Fraktion ist klar: Wir tragen die politische Verantwortung in diesem Lande, und solange das so ist - und das wird noch sehr lange so sein -

- (B) (Zurufe von der CDU)

hat der Umweltschutz eine entsprechend klare, präzise und herausgehobene Bedeutung. Dies kommt auch im sachlichen und personellen Teil des Haushaltsentwurfs zum Ausdruck.

Wir werden auch beim kommenden Wahlkampf deutlich machen, daß es einen gravierenden Unterschied - Frau Dr. Schraps, hören Sie bitte zu! - zwischen der Politik der großen Ankündigungen von Herrn Töpfer und der Tatsache gibt, in Nordrhein-Westfalen eine wirklich verlässliche und solide Umweltpolitik zu betreiben. Das haben wir getan.

(Zurufe von der CDU)

An dieser politischen Zielsetzung wird sich auch nichts ändern, und für diese Politik - um auf diesen Zwischenruf von Herrn Lindlar zu antworten - trägt in erster Linie natürlich Minister Matthiesen die Verantwortung. Wir danken ihm dafür, daß er dieser Aufgabe in den letzten Jahren so gut nachgekommen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Umweltthema hat insbesondere im Sommer, aber auch im Herbst eine große Bedeutung gehabt. Ich spreche vom bodennahen Ozon und den erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Entstehung seiner sogenannten Vorläuferstoffe.

Die damalige Position von Umweltminister Matthiesen, der ja auch gegen den Protest der GRÜNEN, Herr Mai, jede Form von Aktionismus abgelehnt hat, war Gegenstand scharfer Kritik, auch Ihrer Kritik. Inzwischen, Herr Mai, hat sich die nordrhein-westfälische Position aufgrund eines einstimmigen Beschlusses der Umweltministerkonferenz, an dem naturgemäß auch grüne und schwarze Umweltminister mitgewirkt haben, durchgesetzt.

Die SPD-Fraktion hat mit Blick auf die Tatsache, daß auch im nächsten Jahr wieder Wetterlagen zu erwarten sind, in deren Verlauf hohe Ozonkonzentrationswerte entstehen, Vorschläge zum Haushalt formuliert, damit die Politik frühzeitig und angemessen reagieren kann. Unser Vorschlag geht dahin, ein Untersuchungsprogramm durchzuführen, wie bei industriellen und gewerblichen Anlagen die Emissionen von Stickstoffoxiden und leichtflüchtigen organischen Verbindungen - das sind ja bekanntlich die Vorläuferstoffe des Ozons - am wirkungsvollsten vermindert werden können.

Gleichzeitig schlagen wir vor, den Umweltminister mit den nötigen Mitteln auszustatten, um frühzeitig eine Information der Öffentlichkeit über die geplanten und erforderlichen Maßnahmen insbesondere im Verkehrsbereich durchzuführen.

Es war schon interessant und nach meiner Einschätzung bedauerlich, daß nur der erste Vorschlag von Ihnen im Fachausschuß mitgetragen worden ist. Es stimmt mich bedenklich, daß der zweite Vorschlag von allen drei Oppositionsparteien, wie hier vorhin noch einmal verdeutlicht worden ist, abgelehnt wurde. Ihnen geht es offensichtlich nicht in erster Linie um den Umweltschutz. Dies macht ja auch in geradezu eindeutiger Weise der Änderungsantrag der GRÜNEN Drucksache 11/8169 in dankenswerter Offenheit deutlich. Der Titel, mit dem 500 000 DM für die nötigen Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden sollen, soll nach Ihrer Auffassung mit einem qualifizierten

(C)

(D)

(Strehl (SPD))

- (A) Sperrvermerk versehen werden. Dahinter steckt doch eine ganz offenkundige Geschichte, lieber Herr Mai.

(Abgeordneter Mai (GRÜNE): Ja eben!)

In der Begründung wird deutlich, daß die Opposition offensichtlich Angst hat, daß ein Teil dieser Informations- und Öffentlichkeitsarbeit schon vor dem 14. Mai durchgeführt werden könnte. Ja und? Ich halte Ihnen vor, meine Damen und Herren: Ihnen kommt es nicht auf die wirksame Information unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger an; Sie haben einzig wie ein Kaninchen vor der Schlange Angst davor, daß möglicherweise durch eine vernünftige Aktion der Bürger in die Lage versetzt wird, diese Maßnahmen rechtzeitig zur Kenntnis zu erhalten. Das nennen Sie Umweltschutzpolitik! Ich glaube, das ist eine völlig falsche Sicht der Dinge.

Meine Damen und Herren! Es ist doch offensichtlich, daß die von der Umweltministerkonferenz ins Auge gefaßten Maßnahmen nicht ohne weiteres von der Bevölkerung erstens erkannt und zweitens auch später akzeptiert werden können. Es handelt sich um Maßnahmen, die schon im Vorfeld des Entstehens höherer Ozonwerte begonnen werden müssen. Sie steigern sich hin bis zur möglichen Sperrung von Innenstädten für die Fahrzeuge, die keinen Katalysator haben.

(B)

Daß es einer längeren, frühzeitig beginnenden Information und einer werbenden Aufklärung der Öffentlichkeit bedarf, um die erforderliche Akzeptanz für solche Maßnahmen zu erreichen, dürfte auf der Hand liegen. Wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, jetzt mit der Anbringung eines Sperrvermerks erreichen wollen, daß diese Aufklärung erst nach der Landtagswahl oder möglicherweise sogar erst nach der Konstituierung des Landtags beginnen darf, dann stellen Sie in der Tat - ich darf das noch einmal unterstreichen - kleinliche parteipolitische Interessen über die umweltpolitische Sache.

(Oh-Rufe von der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Anträge, die Sie gestellt haben, waren in der Sache nach Auffassung der SPD-Fraktion wenig hilfreich. Ich möchte als Beispiel für diese Feststellung noch einen Antrag herausgreifen.

Frau Dr. Schraps, Sie haben beantragt, es sollten 50 Millionen DM für ein Programm zur Altlastensanierung und Umnutzung militärischer Flächen zur Verfügung gestellt werden. Dies beinhaltet doch nicht mehr und nicht weniger als den Versuch, dem Land eine neue drückende Finanzlast aufzubürden. Sie werden auch mit solch wohlfeilen Haushaltsanträgen nicht davon ablenken können, daß die Bundesregierung und der Bundestag gerade bei militärischen Anlagen in der Pflicht sind, schnellstmöglich ein Bodenschutzgesetz vorzulegen und zu verabschieden, das auch Finanzierungsmodelle - darauf kommt es auch an - für die dringend erforderliche Sanierung von Altlasten enthalten müßte. Bis dahin wird es Aufgabe unseres Landes bleiben, durch intelligente und für den Landeshaushalt neutrale Lösungen für eine Entlastung der Kommunen in diesem Bereich zu sorgen.

(C)

Eine solche von allen Seiten anerkannte Finanzierungslösung stellt das Lizenzmodell, das wir vor einigen Jahren hier verabschiedet haben, dar.

Zu den Anträgen der GRÜNEN braucht man nur wenig Stellung zu nehmen. Sie wollen den Bürger mit mehreren Abgaben weiter schröpfen, ohne für vernünftige und umweltpolitisch sinnvolle Verwendungsmöglichkeiten zu sorgen. Auch das ist bereits im Ausschuß abgelehnt worden.

(D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie dürfen also davon ausgehen, daß wir die Vorlage des Finanzausschusses heute akzeptieren und Ihre Anträge ablehnen werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort dem Herrn Kollegen Kuhl für die Fraktion der F.D.P.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich gebürtiger Krefelder bin, will ich folgendes sagen: Lieber Klaus Strehl - heute ist ja wieder der Tag der Liebe -, in Krefeld hätten sie dich jetzt folgendes gefragt: Seg ens Klaus, glövse dat eigentlich all, wat du do vertellt häs?

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf von der F.D.P.)

(Kuhl [F.D.P.]

- (A) - Wenn der kein rheinisch kann, bin ich gern bereit, ihm nachher noch die Übersetzung ins Hochdeutsche zu liefern.

Selbst der Minister muß jetzt lachen, weil er es, schätze ich, fast genauso sieht wie ich. Jetzt aber zum Haushalt selber, der ja hier das Thema ist. Weil es der letzte Haushalt in dieser Legislaturperiode ist, will ich auch einige grundsätzliche Anmerkungen dazu machen.

Zunächst muß man, glaube ich, feststellen, daß die Umweltpolitik, wie sie in den letzten fünf oder sogar zehn Jahren in Nordrhein-Westfalen durchgeführt worden ist, exakt in diesem Stil weitergeht. Auch dieser Haushalt ist nämlich im Grunde nichts anderes als ein Ausgabenposten für die Selbstdarstellung von Matthiesen. Wer das auf den ersten Blick nicht direkt erkennt, müßte einmal genau in den Einzelplan hineinsehen. Darin sind allein 5 Millionen DM, Herr Kollege Strehl, nur für die Öffentlichkeitsarbeit, also für die Selbstdarstellung von Minister Matthiesen, zu finden. Im Einzelplan sind dann weitere 4,8 Mio. DM dafür zu finden. So sind wir bei rund 10 Millionen DM für ein Jahr. Sie haben es ja hier mit dem Etat eines Jahres zu tun. Es kommen ja die 5 Millionen DM der neuen Informationskampagne hinzu. Das ist ein unglaublicher Betrag, den man in der Tat in vielen Bereichen dieses Landes viel sinnvoller ausgeben könnte.

(B)

Zu dieser Informationskampagne will ich noch ein paar Worte sagen, Herr Minister: Wenn wir ehrlich sind, ist uns allen die Problematik des Ozons hinreichend bekannt. Ich denke, sie ist auch der Öffentlichkeit draußen hinreichend bekannt. Es gibt viele wissenschaftliche Untersuchungen, bei denen das alles nachgelesen werden kann. Zudem - das wissen Sie auch - ist es realisierbar, die Vorläuferstoffe des Ozons um 70 Prozent zu minimieren und sogar zu eliminieren. Dazu brauche ich in diesem Sinne keine Aufklärungskampagne. Ich sage Ihnen auch, wie man das macht: Das geht dadurch, daß Sie die Autofahrer bei den 50 Prozent der Autos, die wir noch jeden Tag auf unseren Straßen in Nordrhein-Westfalen ohne Drei-Wege-Katalysator haben, dazu verdonnern, endlich diesen Katalysator einzubauen. Damit würden 70 Prozent dieser Stoffe eliminiert. Das sollten sich auch einmal die GRÜNEN hinter das Ohr schreiben. Ich würde mich nämlich nicht mehr mit den Dreckskarossen, mit denen sie in den Landtag kommen, auf die Straße wagen, nicht einmal vor die Garage.

(Minister Matthiesen: Haben die etwa keinen Katalysator, die GRÜNEN? - Unglaublich!)

(C)

- Ja, das finde ich auch. Sie müssen sich mal einige von diesen Autos ansehen.

(Zuruf der Abgeordneten Speth [SPD])

Man muß sich einmal vorstellen, was da läuft.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Ist VW ein schlechtes Auto?)

Zu den 800 000 DM Forschungsgelder, die Sie für eine Untersuchung ausgeben wollen, Herr Minister, um festzustellen, wie bei industriellen Prozessen eine Reduktion herbeigeführt werden kann, will ich folgendes anmerken: Die Industrie weiß inzwischen, wie dies erreicht werden kann. Das haben Sie selber schon bei vielen Besuchen in Industrieunternehmen feststellen können. Anstatt jetzt mit Produktionsumstellungen, mit Produktionsverboten, Verboten von bestimmten Einsatzstoffen, Produktionseinschränkungen usw. - das haben Sie alles inzwischen erklärt - zu drohen, wäre es viel sinnvoller, wenn wir uns endlich einmal zu Konsensgesprächen mit der Industrie zusammenfänden und dort gemeinsam überlegten, welche Wege wir beschreiten könnten. Wenn Sie weiter in dem Stil verfahren, wie wir das vor drei Wochen von Ihnen über eine Presseerklärung oder von einer Pressekonferenz lesen konnten, gefährden Sie nicht nur den Chemiestandort Nordrhein-Westfalen, sondern auch Tausende von Arbeitsplätzen in dieser Industrie. Ich denke, es gibt dafür bessere und andere Wege, als so zu verfahren.

(D)

Ich will Sie auch kurz daran erinnern, daß es schon einmal einen Untersuchungsausschuß bezüglich einer Werbekampagne vor einer Wahl gegeben hat, der sich auch mit Ihnen beschäftigt hat. Ich denke, das sollten Sie sich ersparen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Thema "Bodenschutz": Der Kollege Strehl hat gerade ebenfalls versucht, dieses Thema ausführlich anzusprechen. Herr Kollege Strehl, wenn im Fachausschuß von Ihnen oder von Minister Matthiesen etwas gesagt wird und irgend jemand bückt sich einmal, um seine Schuhe zuzubinden, dann wird das bei Ihnen schon als Zustimmung ausgelegt. Wenn Sie Zustimmung haben wollen, müssen Sie

(Kuhl [F.D.P.])

- (A) wirklich fragen, wer einem entsprechenden Antrag zustimmt. Auf diese Weise können Sie Zustimmung erreichen, aber nicht damit, was Sie alles hineininterpretieren.

Ich will Ihnen deshalb an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen: Es liegen - ich habe sie nicht nachgezählt - von der F.D.P. Anträge zum Bodenschutz vor, es liegen Anträge von der CDU zum Bodenschutz vor. Sie liegen inzwischen schon, glaube ich, zweieinhalb Jahre im Ausschuß auf Eis.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Es ist aber kein Gesetzentwurf darunter!)

- Kein Gesetzentwurf; das ist völlig richtig. Nur heißt es in dem Antrag, den ich Ihnen unterbreitet habe: Die Landesregierung wird aufgefordert, einen ebensolchen Gesetzentwurf vorzulegen. Und das ist exakt die Aufgabe dieser Landesregierung; das hat sie zu tun. Nur ruht dieser Antrag noch im Ausschuß, weil Sie, die Mehrheitsfraktion, nicht in der Lage waren, über einen solchen Antrag zu entscheiden, denn damit hätten Sie Ihre Regierung endlich in Zugzwang gebracht. Davor haben Sie sich gedrückt; das ist Fakt; und das müssen wir an dieser Stelle dann auch bitte schön betonen.

(B)

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Absurd!
- Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das ist typisch!)

Die Probleme, die wir in diesem Lande haben, reichen noch viel weiter. Mit dem Stichwort "Sondermüll" bin ich bei dem Gesamthema "Müll". Darüber haben wir an dieser Stelle viel und häufig diskutiert; ich will es nicht in allen Einzelheiten tun. Nur: Sondermüllexporte finden nach wie vor statt. Wir konnten jetzt auch wieder lesen, was der BUND dazu gesagt hat: Man spricht davon, daß nach wie vor jedes Jahr 150 000 t Sondermüll über nordrhein-westfälische Grenzen ins Ausland gehen. Es war die Rede davon, daß dieser Müll bis nach China und in die Ostländer gebracht wird. Ich habe dazu eine Kleine Anfrage gestellt, Herr Minister, und denke, daß Sie sie in den nächsten Tagen beantworten werden.

Etwas, was mir sehr große Sorge macht - das will ich nicht verhehlen - ist folgendes: Wir haben inzwischen im gesamten Bereich der sogenannten

Versorgungswirtschaft, also überall dort, wo Strom, Wasser etc. irgendwo hingebraucht wird, Monopole. (C)

Und wir bekommen zur Zeit in einem riesigen weiteren Bereich, nämlich dem Bereich der Entsorgung, ebenfalls diese Monopole. Ich habe darauf häufig, auch von dieser Stelle aus, hingewiesen.

Nur habe ich das Gefühl, daß die Landesregierung überhaupt nicht bereit ist, dieser schlimmen Entwicklung, die sich anbahnt, Einhalt zu gebieten. - Das hat, Herr Minister, nichts mit Marktwirtschaft zu tun. Damit Sie es mir nicht vorhalten, sage ich es an dieser Stelle direkt: Das ist nicht nur eine Frage der Marktwirtschaft, sondern auch eine Frage, wie man bestimmte Dinge in diesem Lande handelt. - Wenn wir nicht aufpassen, gibt es demnächst noch drei Unternehmen, die sich mit diesem Sektor beschäftigen und die Sie vielleicht noch subventionieren, wenn sie, wie die Stahlindustrie, irgendwann anfangen zu schreien, weil ihnen Arbeit fehlt. Bei dieser Entwicklung haben wir in den nächsten drei Jahren 150 kleinere und mittlere Unternehmen der Versorgungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen plattgemacht. Das ist nicht die Politik, die wir mit Ihnen machen wollen.

(Zustimmung des Abgeordneten
Tschoeltsch [F.D.P.] (D)

Deshalb ganz deutlich: Lassen Sie uns im Ausschuß oder auch außerhalb des Ausschusses intensiv darüber sprechen - wir sind jederzeit dazu bereit -, zu einer gemeinsamen Handlungslinie zu gelangen, denn sie ist dringend notwendig.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Machen wir!)

- Schön, daß Sie mir zustimmen, Herr Kollege. - Als weiteres Thema möchte ich die Diskussion um den Landesentwicklungsplan ansprechen. Auch diesbezüglich hege ich ganz große Befürchtungen, nämlich daß wir eine immer größere Konzentration auf die Ballungsräume in Nordrhein-Westfalen zulassen und dem ländlichen Raum dabei keine Chance mehr geben. Ich will es einmal etwas flapsig formulieren: Es geht schlicht und einfach nach dem Motto, daß der ländliche Raum im Grunde genommen zur Grünkolonie unserer Großstädte verkommt. Die Menschen, die im ländlichen Raum wohnen, müssen bezahlen.

(Kuhl [F.D.P.]

- (A) - Schauen Sie sich einmal an, was diese inzwischen an Abwassergebühren zu leisten haben!

(Zustimmung bei der CDU)

Das geht auf keine Kuhhaut mehr. - Gleichzeitig haben sie mittels ihrer Talsperren Trinkwasservorräte vorzuhalten. "Kriegen" tun sie überhaupt nichts, bezahlen müssen sie.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Das ist bewußt die Unwahrheit!)

- Herr Kollege Hunger, ich kenne ja Ihre Zwischenrufe. Vielleicht sollten Sie ab und zu einmal hier nach vorne kommen und dem Hause erzählen, was Sie wirklich wollen. Auf Ihre Zwischenrufe können wir wirklich verzichten, denn sie haben sich bisher nicht durch größere Sachkompetenz ausgezeichnet.

Deshalb will ich - ich sehe auch, daß meine Redezeit zu Ende ist - ganz zum Schluß einen Gedanken einbringen, Herr Minister, der vielleicht auf den ersten Blick etwas ungewöhnlich erscheinen mag, insbesondere dann, wenn er von jemandem ausgesprochen wird, der umweltpolitischer Sprecher seiner Fraktion ist. Aber sollten wir nicht gemeinsam versuchen zu überlegen, inwieweit wir dazu beitragen könnten, Umweltgesetze eine bestimmte Zeitlang auszusetzen? Das mag sich auf den ersten Blick sehr merkwürdig ausnehmen - ich sage es noch einmal. Aber wir müssen sowohl den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen als auch den staatlich Bediensteten auf allen Ebenen, von der Kommune angefangen, endlich überhaupt einmal die Chance geben, die bestehenden Gesetze und Verordnungen seitens der Unternehmen umsetzen und seitens der Behördenbediensteten bei den Kommunen, beim Land und bei den zuständigen Verbänden kontrollieren zu können. Vorhin ist von Frau Kollegin Schrapls die Umweltkriminalität angesprochen worden. Sie hängt damit zusammen, daß viele dieser Bereiche für staatliche Organe überhaupt nicht mehr kontrollierbar sind, weil es so viel geworden ist. Insofern sollten wir uns vielleicht wirklich einmal darüber unterhalten, ob wir in dieser Richtung gegebenenfalls etwas weiterdenken.

Zu den Anträgen habe ich hier im einzelnen keine Stellung bezogen. Dazu habe ich Ausführungen im Ausschuß gemacht. Wir werden hier nicht anders als im Ausschuß abstimmen. - Für Ihre Aufmerksamkeit danke ich Ihnen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Kuhl. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Mai das Wort.

(C)

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Ich will gleich zu Beginn auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion seinerzeit im Ausschuß bezüglich der Informationskampagne des Umweltministers zur Ozonproblematik eingehen, zu dem wir unsererseits einen Änderungsantrag eingereicht haben. Ich habe es auch im Ausschuß deutlich gemacht: Wir begrüßen es ausdrücklich, daß sich Minister Matthiesen, nachdem er versuchte, das Problem Sommersmog verharmlosend und tatenlos auszusitzen, nun endlich entschlossen hat, initiativ zu werden. Quasi als eine länderübergreifende rot-grüne Initiative liegt uns nun der gemeinsame Gesetzentwurf von Nordrhein-Westfalen und Hessen zur Bekämpfung der Ozonbildung vor. Ich weiß nicht, ob Herr Matthiesen sich damit nun auch hier zum Vorreiter von Rot-Grün macht. Aber es ist zu begrüßen, daß Herr von Plottnitz und Herr Matthiesen an diesem Punkt zusammenarbeiten.

Wenn die angedachten Maßnahmen, die wir schon seinerzeit in unserem Landtags-Antrag aufgeführt haben - er befindet sich noch in den Ausschußberatungen -, also Fahrverbote für rund die Hälfte aller Pkws und Produktionseinschränkungen für bestimmte industrielle und gewerbliche Anlagen, im nächsten Sommer wirklich umgesetzt werden, wird es sicherlich notwendig sein, die Bürgerinnen und Bürger über alle Zusammenhänge umfassend zu informieren. Deshalb kann man dem Haushaltsansatz im Grundsatz auch zustimmen.

(D)

(Minister Matthiesen: Aha!)

Und wenn unser Vertrauen in den zuständigen Minister in Sachen Öffentlichkeitsarbeit sowie Beantragung und Verwendung entsprechender Finanzmittel nicht nachdrücklich beeinträchtigt wäre, könnte man das, wenn auch nicht in dem Umfang, Herr Strehl, vielleicht durchlaufen lassen. Aber wir alle haben ja unsere Erfahrungen mit diesem Minister gemacht. Wir befürchten, daß dieser Minister zum Wiederholungstäter wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Mai (GRÜNE))

- (A) Die Ermittlungen des Untersuchungsausschusses haben zutage gebracht, mit welchen zweifelhaften Mitteln dieser Minister seine umstrittenen PR-Kampagnen sogar in der heißen Wahlkampfphase durchgezogen hat. Damals hat er die Kampagne auf verfassungswidrige Weise gestartet, um uns GRÜNE aus dem Landtag herauszuhalten, was ihm ja nicht gelungen ist. Jetzt versucht er das gleiche möglicherweise wieder, und zwar mit einem noch höheren Ansatz, einem Vielfachen unseres Wahlkampfhaushalts im übrigen.

Um einem weiteren möglichen Mißbrauch öffentlicher Gelder durch diesen Minister vorzubeugen, beantragen wir deshalb heute, daß die Mittel für die Informationskampagne zur Ozonproblematik mit einem qualifizierten Sperrvermerk versehen wird. Die Sperrung der Haushaltsmittel kann der Haushaltsausschuß dann aufheben, wenn die Voraussetzungen für die Verausgabung durch eine entsprechende Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes und des Straßenverkehrsgesetzes erfüllt sind. Die Mittel können also auch erst dann, wenn die Gesetzesänderungen wirklich in Kraft getreten sind, verausgabt werden, und eben nicht vorher und dann möglicherweise auch nicht mißbräuchlich. Ich bitte meine Kolleginnen und Kollegen im Parlament, diesem Antrag später zuzustimmen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist eines der größten industriellen Ballungsgebiete Europas. Dies ist für den notwendigen ökologischen Umbau eine große Herausforderung, aber auch eine große Chance. Ziel muß es sein, durch eine vorsorgende Umweltpolitik eine Produktionsweise durchzusetzen, die bei der Herstellung, dem Gebrauch und der Entsorgung von Gütern die Bedingungen der Nachhaltigkeit erfüllt. Das heißt, der Verbrauch von Rohstoffen, von Energie und unwiederbringlichen Gütern wie Boden und Natur muß drastisch gesenkt werden. Produkte müssen nach ihrem Gebrauch in den Stoffkreislauf zurückfließen.

Aber auch bei der Reparatur bereits eingetretener Umweltschäden, insbesondere der Altlasten - auch dazu liegt Ihnen heute ein Antrag vor -, sind gerade in Nordrhein-Westfalen verstärkte Anstrengungen nötig. Wir haben in diesem industriellen Kernland zwischen 20 000 und 30 000 Altlasten zu sichern, zu sanieren und aufzubereiten.

Innovative Ansätze für den Einstieg in die ökologische Wende gibt es genügend; sie müssen nur umgesetzt werden. Wir als politisch Verantwortliche und Gesetzgeber müssen die Rahmenbedingungen so setzen, daß für die Industrie Anreize entstehen, ihre heutige Innovationsblockade aufzugeben. Wir sind der Ansicht, daß der Chemiestandort Nordrhein-Westfalen nur erhalten und gesichert werden kann, wenn sich die Produktionsweise und die Produkte der chemischen Industrie mittel- und langfristig ändern, das heißt wesentlich umweltgerechter werden.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorsorgende Chemiepolitik bedeutet, daß wir den Rückzug aus der umweltgefährdenden Produktion der Chlorchemie jetzt offen diskutieren, konzipieren und einleiten müssen. Die Landesregierung und dieser Minister drücken sich um diese Debatte. Sie wollen sie gar verhindern und verfallen in die gleiche starre Haltung wie bei Kohle und Stahl, wo sie den notwendigen Strukturwandel behindern statt fördern. Mit dieser Haltung aber gefährdet man Arbeitsplätze, weil die zukunftsfähigen Produkte und Herstellungsweisen dann woanders entwickelt und auch vermarktet werden.

Während in Hessen oder auch in der Enquetekommission des Bundestages die Konversion der Chlorchemie untersucht wird, verdrängen die Herren Einert und Matthiesen diese Problematik, anstatt im Chemieland Nummer eins an ihrer Lösung aktiv mitzuwirken. Ich prophezeihe Ihnen: Die Akzeptanz dieser Produktionslinie wird weiter abnehmen. Aufgrund dessen könnten wir hilflos vor den Strukturbrüchen in den monostrukturierten Hochburgen der Chemieindustrie im Rheinland stehen. Auch hier gilt: Vorsorge ist besser und auch billiger als Nachsorge.

(D)

Wir müssen heute die Weichen für die Zukunftsfähigkeit der Arbeitsplätze stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Landesregierung setzt aber in ihrer Umweltpolitik nach wie vor einseitig auf eine bloße Nachsorge. Sie will nach wie vor die zu verbrennende Hausmüllmenge mehr als verdoppeln. Dabei wächst der Widerstand gegen die ökologisch wie zunehmend auch ökonomisch unsinnige Müllverbrennungspolitik auch in ihren eigenen Reihen, Herr Minister. Wir haben es ja in der letzten Ple-

(Mai [GRÜNE])

- (A) narwoche erlebt, als zum ersten Mal im Parlament GRÜNEN- und SPD-Abgeordnete gegen die Müllverbrennungsplanungen, z. B. in Gütersloh, argumentiert haben und der Minister hier auf der Bank ganz einsam und auch recht alt aussah, wie ich fand.

(Heiterkeit des Ministers Matthiesen)

Wir GRÜNEN wissen, was wir Ihnen, Herr Minister, und der NRW-SPD zu verdanken haben; denn dieser Minister treibt uns, so meine ich, die ökologisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger zu. Es werden immer mehr. Sie rennen uns, denke ich, im Hinblick auf die nächsten Wahlen in Scharen zu.

(Minister Matthiesen: Können Sie denn alle aufnehmen?)

- Gar kein Problem! - Wir wissen, daß Sie, Herr Minister Matthiesen - so haben wir es jedenfalls in der Zeitung gelesen -, nicht für eine rot-grüne Reformregierung in Nordrhein-Westfalen zu haben sind, die eine ökologische und soziale Politik für dieses Land sicherstellen will. Wir wissen inzwischen, daß Herr Matthiesen für eine große Koalition steht, für eine Koalition zwischen SPD und CDU. Welche Umweltpolitik wir dann zu erwarten haben,

(B)

(Zurufe von der CDU)

können wir uns lebhaft vorstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Linssen macht dann als Wirtschaftsminister mit seiner Pro-Atom-Energie-Politik - vielleicht mit Herrn Clement zusammen -

(Zuruf des Ministers Clement)

das Atomkraftwerk Würgassen wieder vermeintlich fit, und Herr Matthiesen auf der anderen Seite macht alles klar in Sachen Garzweiler II. So würde die Umweltpolitik, die Energiepolitik und die Klimaschutzpolitik aussehen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wahrscheinlich agitiert Herr Linssen dann hier im Landtag gemeinsam mit Herrn Farthmann gegen

Asylbewerber, gegen Flüchtlinge und gegen den sogenannten Asylsozialmißbrauch. Und Herr Reul bringt dann womöglich Hand in Hand mit der SPD die NRW-Schulpolitik mit einer erneuten Oberstufenreform und dem Stopp beim Gesamtschulbau zurück in die 60er Jahre. Das wäre möglicherweise die Politik von Herrn Matthiesen in diesem Hause. Das werden die Folgen einer Politik sein, die mit Rot-Schwarz kalkuliert, statt eine rot-grüne Reformregierung zu favorisieren.

(C)

(Zuruf des Ministers Clement)

- Warum sind Sie denn so aufgeregt, Herr Clement?

(Minister Clement: Ein hohes Niveau in Ihrer Rede!)

Zur Zeit ebnet die NRW-SPD allen - ich komme zurück zur Umweltpolitik -, die die Umweltvorsorge zu ihrem Geschäft gemacht haben wollen, willfährig den Weg. Dabei wird unterschlagen, daß wir und vor allem die Kommunen die teuren Nachsorgetechniken, seien es die Müllverbrennungsanlagen oder die Kläranlagen mit immer teureren Filtern und Katalysatoren, langfristig sich überhaupt nicht mehr leisten können. Diese Politik ist zwar eine Wirtschaftsförderungspolitik für Anlagenbauer, für die Energieversorgungs- und auch für die Entsorgungsunternehmen im Lande, aber zukunftsfähig ist es keineswegs, einseitig weiterhin auf diese End-of-the-pipe-Technologie zu setzen. Auch hier gilt: Wir müssen endlich Anreize für Investitionen in Forschung, Entwicklung und Umsetzung von emissionsarmen, abfallvermeiden- und energiesparenden Verfahren setzen, damit es sich in der Kostenkalkulation der Unternehmen bemerkbar macht und sich diese Investitionen und Innovationen für die Betriebe auch lohnen und rechnen. Wir haben auch in diesem Jahr wieder aus unserer Sicht geeignete Instrumente vorgelegt, die keineswegs neu sind, sondern zum Teil in anderen Bundesländern schon umgesetzt worden sind und auch entsprechende Wirkungen entfaltet haben.

(D)

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Sie wollen die Bürger schröpfen!)

Sie unterbinden dadurch die konsequente Verfolgung des Verursacherprinzips, Herr Strehl. Das ist die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips. Wer Umweltschäden verursacht, muß

(Mai [GRÜNE])

- (A) auch dafür bezahlen. "Ehrliche Preise" - die predigen Sie in Ihren Programmen doch auch. Warum machen Sie es nicht hier im Lande?

Durch die konsequente Verfolgung des Verursacherprinzips könnten auch die Kürzungen im Umwelthaushalt des Landes, den dieser Minister Jahr für Jahr zusammenstreicht - in diesem Jahr wieder 7 % weniger -, aufgefangen werden, die Entwicklung umgedreht werden, so daß das Vollzugsdefizit - selbst die bestehenden Umweltgesetze können heute nicht mehr ordnungsgemäß vollzogen werden - dann auch beseitigt werden kann. Wir könnten dann sehr wohl auf die Teile des Ordnungsrechts verzichten, wenn Zug um Zug solche marktwirtschaftlich orientierten Instrumente an ihre Stelle treten würden.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit signalisiert.)

- Ich komme zum Schluß. - Dazu hat die Landesregierung nicht mehr die Kraft. Ich denke, das habe ich hier deutlich gemacht.

Noch ein letztes Wort zum Antrag der CDU-Fraktion zur Altlastenproblematik, dem wir im Grundsatz zustimmen können. Den entsprechenden inhaltlichen Antrag habe ich schon in der letzten Plenarwoche hier begrüßt. Wir werden ihn im Ausschuß auch beraten. Ich wäre aber froh, Frau Strehl

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Frau Strehl?)

- Frau Dr. Schraps, ich bitte vielmals um Entschuldigung! -, wenn Sie eine Finanzierungsregelung mittragen könnten, entweder über eine Sonderabfallabgabe oder auch über einen ausreichend ausgestatteten Altlastensanierungsfonds, den es in anderen Bundesländern auch gibt, wenn wir also diese Finanzierungsregelung möglicherweise gemeinsam auf den Weg bringen könnten, um eine Sicherung und Sanierung der vielen tausend Altlastenflächen dieses Landes auch mit vorantreiben zu können. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Mai. - Das Wort hat der Herr Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Herr Matthiesen.

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe nun bei allen Debattenbeiträgen der Oppositionsredner beim besten Willen und mit gutem Vorsatz nicht erkennen können, wo denn nun die wirklich inhaltliche Alternative läge, über die man ja dann wirklich hätte reden können, wenn es sie denn gäbe. Aber es gibt sie ja nicht, da ist Fehlanzeige. Das läuft nach demselben Ritual wie jedes Jahr: ein bißchen jammernd, ein bißchen klagend über diese Öffentlichkeitsarbeit des Ministers, ein bißchen gekränkt,

(Oh-Rufe bei der CDU)

ein bißchen nörgelnd und bei Herrn Mai auch ein bißchen aggressiv. Das verstehe ich alles ganz gut aus seiner Position heraus, denn er will ja etwas, von dem er annimmt, daß ich das nicht will. Und darauf komme ich nachher auch noch einmal zurück, damit es für Sie, aber auch für Frau Höhn, die neben Ihnen sitzt, jedenfalls aus meiner Sicht ganz deutlich wird.

Nun zunächst zur Öffentlichkeitsarbeit! Ich denke, die Landesregierung hat ein gutes Recht, Öffentlichkeitsarbeit zu machen; denn sie hat auch viel vorzuweisen. Gerade im Bereich der Umweltpolitik haben wir, wenn wir die letzten zehn Jahre sehen, für jedermann erkennbare Erfolge, die auch im Lande - im Gegensatz zu Ihnen - positiv gewürdigt werden.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Genau so ist es!)

Wir haben unglaubliche Fortschritte in der Luftreinhaltung. Wir haben große Fortschritte in der industriepolitischen Umrüstung und allein in diesem Jahr ein Umrüstungsprogramm von 4 000 Industriebetrieben abgeschlossen mit insgesamt einem Investitionsvolumen von 6 Milliarden DM. Wir haben große Fortschritte im Gewässerschutz, im Naturschutz erzielt. Und wir haben auch ziemlich - sage ich Ihnen voraus; wir werden uns Anfang des Jahres widersprechen - unsere Schularbeiten im Bereich Hausmüll und Sondermüll, jedenfalls aus der Sicht der Landesregierung, geleistet.

Daß wir heute Spitzenreiter, Nummer 1, meine Damen und Herren, in der Umweltechnologie sind, will ich nicht nur am Rande erwähnen. Das ist ein ganz wichtiges forschungs-, innovationspolitisches Signal. Es ist ein ganz wichtiger Zu-

(C)

(D)

(Minister Matthiesen)

- (A) kunftspfad für unser Land, das immer noch mit Problemen auch des Strukturwandels zu kämpfen hat. Und die Tatsache, daß wir allein 160 000 Arbeitnehmer indirekt und direkt im Umweltschutz beschäftigt haben, zeigt, daß eine aktive Umweltpolitik eben auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat.

Das heißt, das politische Konzept, das unser Ministerpräsident mit der ökologischen und ökonomischen Erneuerung - oder kürzer gesagt: Arbeit und Umwelt, Umwelt und Arbeit - vorgegeben hatte, ist aufgegangen; das kann man in Nordrhein-Westfalen exemplarisch lernen.

Dieses, denke ich, muß man vorab sagen und dann darauf hinweisen, daß ich Ihnen bei der weiteren Kritisierung oder Bekämpfung der von der Landesregierung möglicherweise ins Auge zu fassenden Ozoninformationskampagne viel Glück wünsche - politisch oder, wenn Sie es wollen, rechtlich. Ich will Ihnen keine Instrumente versagen, wählen Sie, was Sie wollen.

Ich bleibe dabei: Wenn wir morgen im Bundesrat, was ich hoffe, auf der Basis des Gesetzentwurfs des Landes Nordrhein-Westfalen eine ziemlich einmütige Haltung der Bundesregierung und aller Bundesländer zustande bringen mit dem Ziel, im Sommer 1995 eine Ozonverordnung zur Anwendung zu bringen, die im Kern regelt, daß rund 50 % der jetzt vorhandenen Pkw, weil nicht ausgerüstet mit geregelten Katalysatoren, oder Krafträder mit einem Fahrverbot belegt werden, dann ist das die nachhaltigste Strategie zur Ozonbekämpfung, die es überhaupt gibt.

(B)

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Ich habe noch vom Sommer letzten Jahres im Ohr, wie ich - nicht von der CDU, auch nicht von der F.D.P., aber von den GRÜNEN - kritisiert worden bin, nur weil ich es wagte, die Sinnhaftigkeit so mancher Hü-und-Hott-Maßnahmen in anderen Bundesländern zu thematisieren und zu kritisieren. Ich nehme dann natürlich mit großer Freude wahr, wenn der neue Umweltminister des Landes Hessen - so ist das eben, Herr Mai, wenn man sich auf so etwas begibt; Sie wissen ja nie, welcher Schriftwechsel schon immer besteht -, mir dann mit Schreiben vom 29.11.94 - und das will ich Ihnen nicht vorenthalten - folgendes mitteilt:

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Das kennen wir doch!) (C)

Sehr geehrter Herr Kollege Matthiesen! Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß die hessische Landesregierung heute beschlossen hat, dem Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung erhöhter Ozonkonzentrationen als Mit-antragsteller im Bundesrat beizutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Strehl [SPD]: Das ist ja interessant!)

- Klatschen Sie ruhig Beifall, dagegen habe ich nichts. Aber die Dinge sind damit klargestellt. Von Plottnitz ist der Meinung, daß unser Gesetzentwurf vernünftig ist. Er setzt sich auf die Initiative Nordrhein-Westfalens und eben nicht umgekehrt.

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Hessen hat doch schon eine!)

Dieser kleine, aber feine Unterschied ist für mich sehr wichtig, weil ich nie einen billigen Opportunismus mitmachen werde, der den Menschen vorgaukelt, mit drei Stunden Geschwindigkeitsbegrenzung und sieben Stunden wieder rauf aufs Gaspedal das Ozonproblem lösen zu können.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Das hat nur zur Verirrung und Verwirrung der Öffentlichkeit beigetragen.

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: In Bewegung gebracht!)

Mit mir können Sie einen Flickenteppich von 16 unterschiedlichen Landesregelungen, der dann einen Autofahrer auf der Fahrt von Schleswig-Holstein nach Bayern mit fünf verschiedenen Regelungen, die er durchlaufen muß, konfrontiert, nicht machen.

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Kennen wir doch alles! - Weitere Zurufe der GRÜNEN: Ja, ja!)

Allein dieses Beispiel zeigt, wie kurzatmig Sie, Herr Mai, sind, wenn es um wirklich grundlegenden Veränderungen in der Umweltpolitik geht.

(Zuruf des Abgeordneten Mai [GRÜNE])

(Minister Matthiesen)

(A) Nun will ich noch ein Wort zum Verhältnis Staat und Wirtschaft und Reglementierung sagen, weil Frau Dr. Schraps das angesprochen hat. Frau Dr. Schraps, erwecken Sie nicht den Eindruck, Nordrhein-Westfalen wäre gegen das Öko-Audit - im Gegenteil. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß Öko-Audit eine sinnvolle Maßnahme sein kann, und zwar auch die Voraussetzung dafür sein kann, daß sich der Staat aufgrund eines erweiterten ökologischen Verantwortungsbewußtseins in den Betrieben, einschließlich der Anwendung entsprechender Instrumente und Eigenüberprüfung, in bestimmten Fällen dann aus der Kontrolle und Überwachung zurückziehen kann. Nur sind die Fronten hier festgefahren. Die Bundesregierung will entgegen aller ordnungspolitischen Beteuerungen eine rein staatliche Behördenlösung; die Wirtschaft - ideologisch festgefahren - will eine rein privatwirtschaftliche. Und ich sage Ihnen jetzt schon, was das Ergebnis sein wird, nämlich die Verständigung auf den vernünftigen Vorschlag Nordrhein-Westfalens,

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Wie immer!)

eine öffentlich-rechtliche Körperschaft unter Beteiligung der Wirtschaft zu gründen, weil es nicht sein kann - das sage ich in Übereinstimmung mit allen Bundesländern -, daß wir uns aus der Kontrolle der Wirtschaft zurückziehen, ohne daß wir Einfluß auf die Testierung und Bewertung der Gutachter haben, die dann stellvertretend für den Staat bestimmte Überwachungs- und Kontrollaufgaben in der Wirtschaft vornehmen. Ich sage Ihnen das voraus.

(B)

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Zwingend notwendig! - Zustimmung bei der CDU)

Nun haben Sie mich angemahnt, ich solle auch mehr für die nachwachsenden Rohstoffe tun. Haben die Agrarpolitiker eben Beifall geklatscht? - Wie es sich so ergibt, kann ich Ihnen aus einem Schreiben von von Heereman vorlesen, das ich gerade bekommen habe.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Rein zufällig! - Abgeordneter Hardt [CDU]: Bestellt!)

- Nein, nein. Das ist ein so großer Präsident; der nimmt nicht immer wahr, wann der Landtag tagt

und über welche Tagesordnungspunkte er debatiert. (C)

(Zurufe von der CDU)

Der schreibt mir nun folgenden Brief, heutiger Eingangsstempel, wie sich das so ergibt:

Sehr geehrter Herr Minister!

Das ist klar.

Ich nutze die Gelegenheit gerne, Ihnen

- Frau Dr. Schraps, gemeint bin ich, nicht Sie!

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Das steht da aber nicht drin!)

für Ihre bisherigen Initiativen zur Förderung der nachwachsenden Rohstoffe Dank zu sagen. Besonders durch die Arbeit der Fachagentur "Nachwachsende Rohstoffe", die durch Ihr Haus positiv begleitet und unterstützt wird, sind positive Signale gesetzt worden, die in der Landwirtschaft

(Abgeordnete Dr. Schraps [CDU]: Herr Minister, das ist eine Bundesangelegenheit! - Weitere Zurufe von der CDU) (D)

- hören Sie mal! -

auf breite Akzeptanz gestoßen sind. Hierzu gehört nicht zuletzt der dargestellte verstärkte Anbau von Winterraps auf Stilllegungsflächen zur Verwendung als Biodiesel, Hydrauliköl und Schmierstoff.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister, würden Sie nach diesem Zitat Herrn Uhlenberg eine Frage gestatten?

(Minister Matthiesen: Ja!)

Bitte schön, Kollege Uhlenberg.

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Herr Minister, können Sie sich vorstellen, daß der Brief in Richtung Bonn adressiert war und fälschlicherweise in Düsseldorf angekommen ist? Mit all diesen Bereichen haben Sie nämlich bisher überhaupt noch nichts zu tun gehabt.

(A) **Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen:** Die Anschrift ist völlig klar. Da ich davon ausgehe, daß Herr von Heereman weiß, daß der Wähler eine andere Entscheidung getroffen hat und mein verehrter Kollege Borchert Bundeslandwirtschaftsminister ist, wird er schon gewußt haben, wem er Dank sagt und wem er Dank sagen muß. Daß es Ihnen nicht paßt, verstehe ich ja. Ich will das ja auch nur als Beleg dafür anführen, wie dünn Ihre Argumente sind, die von der Realität nicht gestützt und nicht getragen werden.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister, Ihre Redezeit ist jetzt auch sehr dünn. Würden Sie trotzdem noch eine Frage von Herrn Kruse gestatten?

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Nein. Ich sehe gerade, ich brauchte jetzt noch viel mehr Zeit, aber ich habe nur noch eine Minute.

Ich will mich noch einmal den GRÜNEN zuwenden, weil ich das zu Beginn angekündigt habe. Wenn ich die Anträge richtig gelesen habe, sind dies nichts als olle Kamellen. Da werden wieder - ich weiß nicht, wie viele - Abgaben gefordert, da soll das Geld anschließend umverteilt werden, gleichzeitig mehr Reglementierung und mehr Staat. Ich sage Ihnen: Das ist eine ökologische Rückschrittsposition. Das sind die Denkprozesse, die wir in den siebziger Jahren gemacht und längst hinter uns haben.

In der Umweltvorsorgepolitik der neunziger Jahre kommt es darauf an, durch integrierte Umwelttechnologie im Produktionsprozeß von vornherein Umweltschäden zu vermeiden. Und dazu braucht man nicht alte Klamotten und alte Instrumente, sondern man braucht neue Instrumente.

Nun sage ich Ihnen ganz deutlich: Mit der Einschätzung, daß ich von Rot-Grün auf Landesebene nichts halte, haben Sie völlig recht.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Sie brauchen ja auch nicht mitzumachen; wir schaffen das auch ohne Sie!)

Und Sie werden inhaltlich noch vieles zu erklären haben, zum Beispiel, wie Sie es durchhalten wollen, gegen Kernenergie, gegen Braunkohle, zunehmend auch gegen Steinkohle, aber trotzdem für

Strom aus der Steckdose zu sein. Sie werden die Frage aushalten müssen: mehr Gesundheitsschutz und gleichzeitig eine breite Ablehnungsfront zur Bio- und Gentechnologie.

Im Gegensatz zu Ihnen sind die Sozialdemokraten nicht nach allen Seiten offen, sondern wir haben Grundsätze. Einer der zentralen Grundsätze bleibt, daß unser Land nur dann eine Zukunft haben kann, wenn wir diese Zukunft auch und gerade mit Hilfe industrieller Arbeitsplätze sichern.

(Zustimmung des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Dagegen stehen Sie mit einer grundsätzlich anderen Position. Sie wollen nicht die Industrielandschaft Nordrhein-Westfalens ausbauen und ökologisch gestalten, sondern im Kern sind Sie eine industriefeindliche Partei, die lieber heute als morgen aus dieser Industrielandschaft aussteigen würde. Sie werden verstehen, daß wir weiterhin Wert darauf legen, gar nicht in den Verdacht zu kommen, mit Ihnen auf Landesebene etwas gemein zu haben. Wir werden mit Johannes Rau erneut die absolute Mehrheit erringen. Ihre "Ranschmeißerei" können Sie unter sich ausmachen.

(Zuruf des Abgeordneten Mai [GRÜNE])

Aber Sie sollten uns damit möglichst wenig belästigen, damit wir uns den wirklichen Landesproblemen zuwenden können.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei den GRÜNEN - Abgeordneter Büssow [SPD]: Das ist auch ein Argument!)

Vizepräsident Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Minister Matthiesen. - Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Lindlar das Wort.

(Zuruf)

- Zweite Runde zu diesem Komplex, ja.

Abgeordneter Lindlar (CDU)*: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatten in der Vorwahlzeit führen ja schon zu interessanten Textbausteinen, die man in jeder Rede wiederfindet. Dazu gehört das Pfeifen im Wald des Herrn Kollegen Strehl mit seinem "Wir werden die Mehrheit noch lange behalten" ebenso

(C)

(D)

(Lindlar [CDU])

- (A) wie die schon peinliche Selbstverleugnung, Herr Kollege Mai, mit der Sie hier die rot-grüne Mehrheit herbeireden wollen. Wenn Sie eben sagten, daß das Ozongesetz - das war ja wieder Ihre Demutshaltung - durch eine rot-grüne Mehrheit herbeigeholt worden wäre, dann haben Sie z .B. die Bundesumweltministerin völlig übergangen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Wer ist das denn?)

Es ist sowieso interessant zu beobachten, wie sich Ihre Partei von der Basisdemokratie inzwischen zu einer - ich sage einmal - fast zentralistischen Kaderpartei entwickelt, wo die Landesleitung sagt, was die Landschaftsverbandsfraktion zu machen hat.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Sie machen eine interessante Entwicklung durch, Frau Kollegin Höhn. Wir werden das sehr genau beobachten.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns hier gegen die Öffentlichkeitsarbeit dieser Regierung wehren, dann geschieht das ja vor allen Dingen deshalb, weil diese Öffentlichkeitsarbeit von Ihnen, Herr Minister, in der Regel schon für die Tat genommen wird, was aber bestimmt nicht so ist.

- (B)

Das ist auch beim Bodenschutzgesetz so, Herr Kollege Strehl. Wir haben mehrfach genickt - da haben Sie recht -, als Sie gesagt haben: Wenn der Bund sein Bodenschutzgesetz nicht auf den Tisch legt, werden wir als Land Nordrhein-Westfalen in Vorlage gehen. Das haben Sie ebenso wie der Minister im Ausschuß gesagt, zuletzt voriges Jahr um diese Zeit. Da stand nämlich der Termin Februar 1994 zur Rede: Dann käme es auf den Tisch. Und was liegt ein Jahr später auf dem Tisch? Nichts! Das ist Öffentlichkeitsarbeit und Ankündigung, und in der Tat kommt nichts hinterher.

Das gleiche gilt im übrigen - ich erinnere Sie, verehrter Herr Minister, noch einmal daran - für Ihr Thema Deregulierung. Sie erinnern sich an die Debatte im Februar 1992 über die Mißstände im Umweltstrafrecht. Sie haben landauf, landab verkündet, was Sie im Umweltrecht alles deregulieren wollen: Wir hätten zu viele Richtlinien, der

- (C) Umweltschutz käme gar nicht zu seinem Recht, weil wir daran ersticken. Richtig! Aber passiert ist nach unserer Beobachtung nichts.

Deshalb weisen wir Ihren Vorwurf zurück, Herr Kollege Strehl, uns ginge es in erster Linie gar nicht um den Umweltschutz. Ich sage noch einmal in aller Deutlichkeit: Wir tragen die Ozonpolitik, die der Minister macht, mit. Wir haben nach der Sommerpause im Ausschuß gesagt: Es war richtig, nicht in diese Hektik und diesen Aktivismus zu verfallen, als es mehr darum ging, die Zeitungen an den Urlaubsstränden mit Überschriften zu füllen, als wirklich etwas zu tun.

Aber Ihr Verhalten im Ausschuß ist ja mehr als verräterisch. In dem Titel stand bisher, daß die 4 Millionen DM für Veröffentlichungen und Dokumentation bestimmt sein sollten. Das ist ja auch etwas, womit objektive Fakten festgehalten werden. Verräterisch war lediglich der Hinweis in der Begründung, als da von einer Informationskampagne die Rede war. Dieses Ding kennen wir allerdings aus dem Jahre 1990, wo der Minister bis zum 12. Mai, einen Tag vor der Landtagswahl, mit 5 Millionen DM, allerdings am Landtag vorbei, eine Informationskampagne gefahren hat. Deshalb sind wir in diesen Dingen skeptisch. Wenn Sie, Herr Strehl, praktisch auch noch eine offizielle Ankündigung liefern, indem sie sagen: "Sie haben wohl Angst, daß damit vor dem 14. Mai begonnen werden könnte?", dann sind wir auf dem richtigen Wege, wenn wir die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Punkt ablehnen.

- (D)

(Beifall bei der CDU)

Denn hier wird wieder - jetzt legal - ein Ding gestrickt, das im Wahlkampf mit 4 Millionen DM widerrechtlich gegen die anderen Parteien verwendet werden soll.

Meine Damen und Herren, wenn Sie mit dieser Arbeit weiterhin versuchen, Vertrauen in der Bevölkerung zu bekommen, dann sage ich Ihnen: Die Bevölkerung ist Ihnen inzwischen auch durch all das, was hier im Landtag passiert ist, auf die Schliche gekommen. Ich bin fest davon überzeugt, daß es Ihnen ebensowenig gelingen wird, am 14. Mai die Bevölkerung zu überzeugen, wie es Ihnen gelingen wird, vor dem 14. Mai eine Sommerwetterlage herbeizuzaubern, die in Mitteleuropa erhöhte Ozonwerte bringen wird. - Vielen Dank!

(Lindlar [CDU])

- (A) (Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD:
Was hat Ozon mit dem Wahlkampf zu tun?
- Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Lindlar. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Strehl. Bitte schön!

Abgeordneter Strehl (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch einige wenige Worte, obwohl sie eigentlich nicht geplant waren, zu den beiden wesentlichen Themen der heutigen Umweltdiskussion!

Herr Lindlar, wenn es richtig ist, daß nur seriöse, wissenschaftlich untermauerte und vernünftige Maßnahmen zur Bekämpfung überhöhter Ozonwerte sinnvoll sind - und das scheint ja die gemeinsame Grundlage von uns zu sein -, dann sind diese langfristig und müssen entsprechend vorbereitet werden.

- (B) Wir wissen zwar, wann der Sommer kommt und wann die Temperaturen möglicherweise so sind, wie sie dann sind, aber der Kundige weiß auch, daß entsprechende konkrete Maßnahmen früher greifen müssen. Deswegen ist es durchaus denkbar, daß die Maßnahmen auch im Juni oder im Mai stattfinden. Wenn dann wegen der besonderen - man kann fast sagen - Dramatik dieser Maßnahmen - z.B. Fahrverbot für mindestens 50 % aller Pkw - die Mitbürgerinnen und Mitbürger auf diesen Tatbestand hingewiesen werden, sie informiert werden, ist das wohl eine umweltpolitisch sinnvolle und mindestens für die SPD-Fraktion unterstützenswerte Sache.

Ihre Hektik und das ständige Herbeiziehen von Fakten aus der Vergangenheit tragen nicht dazu bei, daß wir in einen sachlichen Dialog kommen. Sie sollten sich um die umweltrelevanten Fragen kümmern und nicht um irgendwelchen Blödsinn, der in der Vergangenheit gelaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum zweiten Komplex, dem Bodenschutzrecht.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen aus den Oppositionsfraktionen, Frau Dr. Schraps! Tatsache war doch, daß wir verbal immer wieder dar-

auf hingewiesen haben, daß es sinnvoll und richtig ist, eine bundeseinheitliche Regelung zu bekommen und daß Referentenentwürfe und Ankündigungen von Herrn Töpfer vorlagen, auf denen wir unsere Politik natürlich auch zeitlich aufbauen durften. (C)

Wenn Herr Töpfer sagte, innerhalb des Jahres 1992 - ich wiederhole 1992 - wolle er ein Bodenschutzgesetz vorlegen, haben wir darauf vertraut und gesagt: Okay, wir warten ab, bis Herr Töpfer seine Zusage wahrmacht. Nur, es kam nichts.

Daß wir ein zweites Mal, nachdem schon ein Referentenentwurf vorlag, wieder gewartet haben, dürfen Sie uns doch heute nicht vorwerfen, liebe Frau Dr. Schraps. Es ist und bleibt aus den verschiedensten Erwägungen heraus sinnvoll, daß wir ein einheitliches Bodenschutzrecht für die gesamte Republik bekommen. Es macht keinen Sinn, Stückwerk von Land zu Land unterschiedlich zu haben. Das würde nicht nur den Wettbewerb stören, das wäre auch im Interesse des Bodenschutzes, also des Umweltmediums Boden wenig hilfreich.

Deswegen noch einmal der Appell: Kommen Sie bitte nicht mit dieser Mär, wir hätten eine Zusage für ein Bodenschutzrecht in Nordrhein-Westfalen gemacht. Es war in Zusammenhang mit einer bundesrahmenrechtlichen Initiative zu sehen. Dann macht das Sinn - (D)

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Stimmt gar nicht!)

nicht aber so, wie Sie es hier dargestellt haben. Auch hier fällt Ihre Argumentation geradezu kläglich in sich zusammen, liebe Frau Dr. Schraps. Auch hier können Sie umweltpolitisch nichts bieten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Kollege Strehl. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Dr. Busch das Wort.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Strehl, ich glaube, Sie sollten im Ple-

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(A) narprotokoll nachlesen, was Herr Pflug dazu gesagt hat.

Herr Matthiesen, Sie haben hier um sich geschlagen wie jemand, der um sein Amt fürchtet. Ich glaube, dazu haben Sie wirklich allen Grund.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da fällt Ihnen offensichtlich nichts Besseres ein als all die Legenden, die schon bei unserer Gründung gestrickt wurden - nach dem Motto: Die GRÜNEN wollen die Deutschen zurück auf die Bäume schicken. Obwohl es damals, als die Menschen noch auf den Bäumen wohnten, noch gar keine Deutschen gab. Unabhängig davon erzählen Sie hier diesen Quatsch, als meinten Sie wirklich, Ihnen würde das noch irgend jemand glauben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, nicht mal Sie selber glauben daran.

Ich werde Herrn Professor von Weizsäcker, Direktor des Klimainstituts in Wuppertal, den Text Ihrer Rede, die Sie gerade vorgetragen haben, einmal zuschicken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Darin haben Sie die Ökoabgaben, die wir als Haushaltsantrag in den Landtag eingebracht haben, als kleinkarierten, rückschrittlichen Unsinn qualifiziert.

Ich kann Herrn von Weizsäcker nicht helfen. Er wäre sicher gerne für die SPD in den Bundestag gegangen, um der SPD ein bißchen Aufklärung zu vermitteln. Das haben Sie nicht gewollt, das hat Ihre Partei in Wuppertal nicht gewollt. Sie haben sich damit einen Bärenienst erwiesen. So hätten Sie keine Alternative zu Herrn Matthiesen aufbauen können.

Ich will auf das Thema Sommersmog kommen. Erste Feststellung: Ohne Rot-Grün in Hessen wäre nichts passiert, ohne Rot-Grün in Hessen hätte sich in dieser Debatte nichts bewegt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heiterkeit bei der SPD)

Herr Matthiesen, wenn es ein halbes Jahr später einen Briefwechsel gibt, brauchen Sie wirklich nicht prahlend vors Plenum zu treten und auf ei-

nen Brief von Herrn von Plottnitz verweisen, worin er Ihrer Initiative zustimmt. Wer jetzt wem den ersten Brief geschrieben hat, interessiert uns einfach nicht. (C)

Wir kennen alle die Zeitungsberichte. Wir wissen alle, wie es gewesen ist. Da können Sie nicht einfach sagen: NRW ist Spitze. NRW war ein bißchen lahm, sie haben jetzt aufgeholt. Darüber freuen wir uns.

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Matthiesen: Ist ja unglaublich!)

Jetzt will ich zu dem eigentlichen Problem kommen. Herr Matthiesen, wir hätten von Ihnen mehr Sensibilität in der Frage Informationskampagne erwartet. Immerhin hat Sie der Landesrechnungshof aufgefordert, 5 Millionen DM zurückzuzahlen, die Sie veruntreut haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben fünf Millionen DM für eine Werbekampagne verwendet, die als Wahlwerbung zu verstehen war. Sie haben den Schuldspruch vom Verfassungsgericht nur dadurch vermieden, daß Sie dem Verfassungsgericht falsche und unvollständige Unterlagen zugeschickt haben. (D)

(Zurufe von der SPD: Unerhört!)

Wir haben das im Rahmen des Untersuchungsausschusses festgestellt. Sie können das alles in den Berichten des Untersuchungsausschusses nachlesen. Deswegen erwarten wir jetzt mehr Sensibilität, wenn es um einen ähnlich gelagerten Fall geht.

Vizepräsident Schmidt: Kollege Dr. Busch, ich habe nur eine Bitte.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Ja!)

Gemäß § 10 Abs. 3 des Untersuchungsausschußgesetzes sollen sich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses vor Abschluß der Beratungen über einen Gegenstand einer öffentlichen Beweiswürdigkeit enthalten. Ich bitte das in Ihren weiteren Ausführungen zu berücksichtigen!

(Beifall bei der SPD)

- (A) **Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE):** Ich habe das bei meiner Arbeit immer berücksichtigt.

Ich will jetzt zum Sachverhalt etwas sagen. Sie haben von 4 Millionen DM geredet. Das war im Umweltausschuß. Dann reden wir über den Antrag der SPD im Haushalts- und Finanzausschuß. Darin hieß es 0,5 Millionen DM. Tatsächlich geht es um 10 Millionen DM. Das ist auch schon einmal ein kleiner Unterschied.

Wir haben im Einzelplan 20, in Kapitel 20 020 Titel 531 00 einen Zufließvermerk über 10 Millionen DM, geändert durch die SPD auf jetzt 9,5 Millionen DM. 9,5 Millionen DM plus 0,5 Millionen DM macht 10 Millionen DM. Wir reden also über ein Volumen von 10 Millionen DM, die möglicherweise vor der Landtagswahl für diese Art von Öffentlichkeitsarbeit, die möglicherweise wieder abrupt am Tag vor der Wahl endet, zur Verfügung stehen.

Ich muß ehrlich sagen: Das möchte ich nicht, und zwar nicht nur aus parteilichen Gründen, daß wieder mit Steuergeldern versucht wird, die GRÜNEN aus dem Landtag zu halten, das finde ich einfach unfair, sondern auch aus sachlichen Gründen.

- (B) Die Voraussetzung für die Sinnhaftigkeit einer Informationskampagne ist doch wohl, daß über etwas genau informiert werden kann, daß fest steht, was konkret als Information an die Bürger gegeben werden soll, beispielsweise: Welche Grenzwerte soll es geben, welche verkehrsbeschränkenden Maßnahmen unter welchen Voraussetzungen, wie lange, wie oft usw.? Das muß mindestens feststehen.

Das kann erst feststehen, wenn das Bundesimmissionsschutzgesetz bereits verändert ist. Vorher könnte eine Aufklärungskampagne nur das Gegenteil bewirken, nämlich eine Verunsicherung der Öffentlichkeit, wenn dann später das Gesetz mit möglicherweise ganz anderen Regelungen kommt.

Außerdem ist ja wohl klar, daß eine Informationskampagne, die sozusagen im Winter stattfindet, während wir über Sommersmog reden, auch nicht so besonders sinnvoll ist. Ein gewisser zeitlicher Zusammenhang zu den Maßnahmen, die dann üblicherweise im Hochsommer stattfinden, ist ja wohl auch anzustreben. Also müßte man doch von der Sache her übereinstimmend feststellen

können, daß diese Kampagne erst nach der Landtagswahl ab Mai/Juni/Juli öffentlichkeitswirksam wird; das ist sachgerecht.

(C)

Wenn Sie nicht dazu in der Lage sind, hier diese Erklärung abzugeben, ist der Verdacht geradezu zwingend, daß es sich wieder um Wahlwerbung handeln soll. Und darauf wollen wir uns nicht einlassen.

Herr Matthiesen, Sie haben ja die Gelegenheit, hier zu sprechen. Sagen Sie einfach: Das war ein Sturm im Wasserglas. Wir haben gar nicht vor, das vor der Landtagswahl zu machen; das würden wir auch für problematisch halten. Von der Sache her wird es ohnehin erst nach der Landtagswahl erfolgen. - Dazu waren Sie im Ausschuß nicht bereit, aber vielleicht sind Sie ja hier dazu bereit. Dann können wir uns die Aufregung sparen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Bleiben Sie weiter aufgeregt! Das ist viel netter!)

Allerdings habe ich wie so oft den Eindruck, daß wir uns die Aufregung gerade nicht sparen können. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Dr. Busch. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Matthiesen das Wort. Bitte schön.

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verstehe ja, warum das Thema bei Ihnen ganz offensichtlich im Mittelpunkt steht. Der Sachverhalt ist ein ganz einfacher: Wir schaffen mit der Mehrheitsfraktion auf Wunsch der Landesregierung die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Möglichkeit der Durchführung einer solchen Informationskampagne. Daraus ergibt sich zwingend, daß, wenn nach Auffassung der Landesregierung die Voraussetzungen für die Notwendigkeit einer solchen Kampagne vorhanden sind, sie unter Zuhilfenahme dessen, was der Landtag beschlossen hat, realisiert werden kann.

(Beifall bei der SPD)

(Minister Matthiesen)

- (A) Nun reden Sie über alles Mögliche; das will ich Ihnen gar nicht nehmen. Nur: Sie bewegen sich in dem dichten Nebelfeld totaler Spekulation.

Ich glaube, daß wir mit Hilfe der Bundesregierung, der Bundesländer und der Koalitionsfraktionen bezüglich des Ozons über eine Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes endlich wirksame Maßnahmen für den Sommer 1995 hinbekommen. Morgen wird im Bundesrat die erste entscheidende Etappe sein. Wenn der Kern dessen, was wir regeln wollen, lauten wird, daß rund 50 % aller Fahrzeuge - so hoch ist nämlich der Anteil ohne geregelten Drei-Wege-Katalysator - bei stabiler Hochdruckwetterlage, wenn bestimmte Werte überschritten sind, von einem Fahrverbot betroffen werden, leuchtet es ein, wenn die Landesregierung zur Orientierung der Autofahrer, der vielen Berufspendler und auch der vielen Bürger, die um ihre Gesundheit fürchten, rechtzeitig parallel und laufend darüber informiert, was man darf und was man nicht darf.

Zu dieser Information, meine Damen und Herren, sind wir als Landesregierung verpflichtet. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes in Münster, das schon hinsichtlich der von mir durchgeführten Abfallvermeidungskampagne in diesem Punkt eine klare Sprache spricht, hat klare Kriterien für alle nachfolgenden Informationskampagnen dieser Art in diesen Zeiträumen geliefert. Deshalb sehe ich mit großem Interesse, daß Sie sich jetzt aufregen. Aber prüfen Sie die Vorgänge weiter, und ich stelle Ihnen frei, politisch, rechtlich oder wie immer Sie wollen zu operieren.

- (B)

Nur, Herr Kollege Busch: Lassen Sie diese von Ihnen sattsam bekannte ständige Diffamierung und teilweise Kriminalisierung von Mitgliedern der Landesregierung und anderer handelnden Personen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister Matthiesen, würden Sie eine Frage von Herrn Mai zulassen?

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu, Herr Präsident.

Ich sage ganz persönlich an Ihre Adresse, und zwar so ruhig, wie es mir Ihnen gegenüber noch möglich ist: Wissen Sie, wer mich wie Sie schon einmal indirekt mit Barschel verglichen und anderes dummes Zeug mehr dahergeredet hat, der soll mir wegbleiben mit irgendwelchen moralisch angehauchten Belehrungen.

(C)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Heidtmann [SPD]: Der Busch kann nicht anders!)

Das zweite füge ich hinzu: Wenn Sie wie neulich die Frechheit - ich sage bewußt: die Frechheit - haben, eine Mitarbeiterin vor offiziellem Abschluß der Arbeiten des Untersuchungsausschusses unter öffentlicher Namensnennung in Zusammenhang mit einem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren zu bringen, dann hat das mit Politik nichts mehr zu tun, dann ist das primitivste Diffamierung und Kriminalisierung.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Es geht um Falschaussagen vor dem Untersuchungsausschuß!)

Wenn Sie von mir noch einen guten Rat hören wollen - ich weiß ja gar nicht, ob Sie den annehmen -, dann würde ich Ihnen empfehlen, daß es gerade Ihnen und vielleicht auch Ihrer Fraktion, mit deutlichem Abstand vor vielen anderen, die sich auch an dieser Debatte beteiligen, gut bekommen würde, wenn Sie sich endlich wieder den Sachthemen unseres Landes zuwenden würden.

(D)

(Lachen bei den GRÜNEN)

und diese dummerhaftige aggressive Kriminalisierungspolitik endlich unterlassen könnten. Sie ist auch Ihrer im Kern unwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Matthiesen. - Der Komplex Umweltschutz und Raumordnung zum Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft - ist damit abgeschlossen. Ich leite deshalb über zum

(Vizepräsident Schmidt)

- (A) zweiten Abschnitt der Beratung des Einzelplans 10, und zwar zu

4b) Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz,

und erteile zunächst Herrn Abgeordneten Uhlenberg für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was kann man zu der letzten Diskussionsrunde sagen?

- Man schlägt sich, und man verträgt sich, je nachdem, wie es die Mehrheiten nach den Wahlen zulassen. Deswegen sollten wir diese Auseinandersetzung, die zwischen der SPD und den GRÜNEN hier im Landtag stattfindet, auch nicht allzu ernst nehmen. Frau Höhn, Sie haben ja auch schon einiges auf den Weg gebracht. Wir wollen in Ruhe den 14. Mai auf uns zukommen lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushaltsplan 1995 ist ein Spiegelbild der Landespolitik in den einzelnen Fachbereichen.

Im Parlament ist nicht überprüfbar, ob die nun schon zur Regel gewordene überdurchschnittlich hohe Kürzungsrate im Einzelplan 10 im Einvernehmen oder auf Druck des Finanzministers erfolgt. Entspricht die Wichtigkeit von Landwirtschaft, Ernährung, Forsten, Landschaftspflege, Naturschutz und Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen nicht der Wichtigkeit des Ministers in Ihrem Kabinett, Herr Ministerpräsident?

Die Aufgabe der Landesregierung besteht darin, eine umweltfreundliche, auf Nachhaltigkeit ausgegerichtete Land- und Ernährungswirtschaft nach Kräften zu unterstützen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Binnenmarkt beweisen muß. Dies auch vor dem Hintergrund, daß wir uns nach der Wiedervereinigung innerhalb Deutschlands mit völlig unterschiedlichen Agrarstrukturen auseinandersetzen haben.

Nordrhein-Westfalens Land- und Ernährungswirtschaft hat einen in Europa einmaligen Standortvorteil. Dieser liegt darin, daß mit fast 18 Millionen Einwohnern der größte Verbrauchermarkt Europas direkt vor den Hoftoren der Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes liegt. Daher stellt sich die Frage, weshalb die Gewinne der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in

Nordrhein-Westfalen in den Wirtschaftsjahren 1991/92 bis 1993/94 auf nunmehr 34 500 DM gegenüber dem Bundesdurchschnitt besonders stark gesunken sind. Warum nehmen die landwirtschaftlichen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern wie Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland mit 38 000 DM bzw. rund 53 000 DM erstmals, Herr Minister, den letzten Platz in der Rangliste landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe ein? In der Bundesliga würde man sagen: Nordrhein-Westfalen hat die rote Laterne!

Die Schuld für diese in Nordrhein-Westfalen miserable Einkommenssituation kann in diesem Punkt nicht bei der Europa- und Bundesagrarpolitik abgeladen werden, denn diese gilt in allen Bundesländern. Eine vor kurzem veröffentlichte Übersicht des "Niedersächsischen Landvolkverbandes" beweist, daß die nordrhein-westfälischen Landwirte auch im Hinblick auf die ergänzende Landesförderung das Schlußlicht im Bundesvergleich darstellen.

Zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Land- und Ernährungswirtschaft müssen längst überholte Prosperitätsgrenzen bei der einzelbetrieblichen Förderung nach oben angepaßt werden. Ich befürchte allerdings, daß die um 11 Millionen DM gesenkte einzelbetriebliche Förderung die Betriebe in unserem Land 1995 weiter ins Abseits bringt.

So lange, wie ich die nordrhein-westfälische Agrarpolitik verfolgen kann, haben sich die zuständigen Landwirtschaftsminister Bäumer und Matthiesen immer für direkte Einkommensübertragungen stark gemacht. Seit der Durchführung der EG-Agrarreformen wird von der Möglichkeit direkter Einkommensübertragungen von Bund und EU stärker Gebrauch gemacht. Die entsprechende Mitfinanzierung durch das Land findet allerdings in Nordrhein-Westfalen nicht statt wie zum Beispiel beim soziostrukturellen Einkommensausgleich, oder es wird nicht in vollem Umfang ausgeschöpft, was die Ausgestaltung der einzelbetrieblichen Förderung angeht. Dabei haben Sie, Herr Minister, die Installierung des soziostrukturellen Einkommensausgleichs als - ich betone - gemeinsame Aufgabe von Bund und Land als einen Erfolg der Landesregierung gefeiert.

Ich zitiere aus der Bilanz des MURL zur Umwelt- und Agrarpolitik 1985 bis 1990:

(C)

(D)

(Uhlenberg [CDU])

- (A) Die Ministerpräsidentenkonferenz der Bundesländer hat unter aktiver Mitwirkung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen einen Förderungs- und Maßnahmenkatalog zur Agrarpolitik verabschiedet. Darunter befindet sich auch die Neuverteilung des Mehrwertsteuerenausgleichs in Höhe von 2 % in Form eines flächenbezogenen Direktausgleichs mit einer Finanzaufteilung zwischen Bund und Ländern von 65 : 35.

Ein wörtliches Zitat von Ihnen, Herr Matthiesen. - Somit wäre bewiesen, daß sich die Landesregierung selbst für die Zahlung des soziostrukturellen Einkommensausgleichs eingesetzt hat, und zwar mit einer gemeinsamen Finanzierung von Bund und Land.

Doch beim Haushaltsentwurf 1992 wollte die Landesregierung hiervon nichts mehr wissen und behauptete schlichtweg, der soziostrukturelle Einkommensausgleich sei eine reine Bundesaufgabe, mit der die Länder nichts zu tun hätten. Dabei reisen Sie, Herr Minister, neuerdings durchs Land und behaupten, daß außer Bayern kein Bundesland mehr den soziostrukturellen Einkommensausgleich zahle. Sie verschweigen jedoch wider besseres Wissen, daß das ostdeutsche Gegenstück zum soziostrukturellen Einkommensausgleich, die Anpassungshilfe, in allen CDU-geführten Bundesländern gezahlt wird. Die CDU-Fraktion beantragt daher, den 1995 auslaufenden und somit letztmalig zu zahlenden Landesanteil am soziostrukturellen Einkommensausgleich in Höhe von 21,5 Millionen DM in den Haushalt einzustellen.

(B)

Im Bereich der Gewässerunterhaltung zweiter Ordnung nimmt die Landesregierung mit Zustimmung der SPD-Landtagsfraktion für 1995 eine erneute Kürzung um 1 Million DM vor. Die Mittel, die noch 1993 im Haushalt bei 30 Millionen DM lagen, sind inzwischen auf 20 Millionen DM zusammengeschrumpft. Als Konsequenz können dringend notwendige Erhaltungsmaßnahmen nicht mehr durchgeführt werden, Schäden an den Gewässern wie Uferabbrüche sind an der Tagesordnung.

Die Aussage des Ministers im Ausschuß, es könne kein Aufgabenbereich von Kürzungen angenommen werden, zeigt wieder einmal, wie Reden und Handeln der Landesregierung voneinander abweichen; denn ausgerechnet die Haushaltstitel, die wir zur Deckung der Erhöhung des Titels Gewässerunterhaltung vorgeschlagen haben - dies

hat eben schon bei anderen Punkten eine Rolle gespielt -, wurden gegenüber der Ist-Ausgabe des Jahres 1993 kräftig erhöht.

(C)

Dazu gehört auch die Öffentlichkeitsarbeit des Ministers. Anstatt mit noch mehr Geld die schlechte Landespolitik in der Öffentlichkeit darzustellen, sollte die Landesregierung dieses Geld verwenden, um die dringend notwendige Gewässerunterhaltung zu ermöglichen. Einen diesbezüglichen Antrag stellen wir heute nochmals zur Abstimmung.

Außer den Anträgen, über die wir hier nochmals abstimmen lassen, gibt es zahlreiche Kritikpunkte an der Agrarpolitik und auch am Haushaltsplan der Landesregierung.

So kommt neben der Erzeugung gesunder Nahrungsmittel und der Pflege unserer Kulturlandschaft der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen bei den nachwachsenden Rohstoffen zunehmend eine wichtige Rolle zu. Die Entwicklung beim Anbau und der Verarbeitung der nachwachsenden Rohstoffe in Nordrhein-Westfalen geht immer mehr an unserem Land vorbei. Da nützt auch der Brief des Präsidenten des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes nichts, meine Damen und Herren, wenn in diesem Bereich die Mittel des Bundes, die über die Fachagentur nachwachsende Rohstoffe in Güstrow an die Länder verteilt werden, nicht durch Komplementärmittel des Landes Nordrhein-Westfalen ergänzt werden.

(D)

Die Bedeutung, die die Landesregierung dem Bereich der nachwachsenden Rohstoffe in Nordrhein-Westfalen zumißt, wird durch die 400 000 DM dokumentiert, die im Grunde als Merkposten bzw. Alibi im Haushaltsplan zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, Sie haben den Brief des Präsidenten zitiert. Ich kann nur sagen: Hier ist beim Präsidenten des Westfälisch-Lippischen-Landwirtschaftsverbandes eine Menge Aufklärung notwendig.

Neben der fehlenden finanziellen Unterstützung ist für mich nach wie vor unverständlich, wieso die Landesregierung und die SPD-Mehrheitsfraktion dem CDU-Antrag zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle für nachwachsende Rohstoffe in Nordrhein-Westfalen ihre Unterstützung verweigert haben. Unser Antrag hat draußen im Land eine breite Resonanz gefunden. Bei der Vielzahl von Einzelaktivitäten für nachwachsende Rohstoffe ist die Einrichtung dieser Koordinierungsstelle

(Uhlenberg [CDU])

- (A) dringend erforderlich. Bei der Unterstützung der nachwachsenden Rohstoffe, Herr Minister, handelt es sich - das weiß der Präsident auch nicht - weder um eine Schnapsidee noch Dauersubventionen, wie Sie hier noch vor einigen Monaten im Landtag von Nordrhein-Westfalen behauptet haben.

Weitgehende Übereinstimmung gibt es im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Schweinepest. Die Vereinbarung von Dienstag abend wird von der CDU-Fraktion unterstützt. Die Kosten tragen die fleischverarbeitenden Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Im Hinblick auf ihre Forderung, flächendeckend zu impfen, mahne ich zur Vorsicht. Denn der markierte Impfstoff steht zur Zeit noch nicht zur Verfügung. Was die Schweinepest angeht, ist Impfpolitik auch im Hinblick auf den 14. Mai kein Wahlkampfthema. Aber Ihre Kollegen Funke und Bartels in Niedersachsen haben ein schlechtes Beispiel abgegeben. Gerade die Meldungen aus den letzten Stunden beweisen auch, daß diese Herren das Problem in Niedersachsen überhaupt nicht in den Griff bekommen.

- (B) Schwindsüchtig im Einzelplan 10 sind auch Naturschutz- und Landschaftspflege. Einerseits hält die Landesregierung an ihrer flächendeckenden Landschaftsplanung für Nordrhein-Westfalen fest; andererseits werden die Mittel für den Naturschutz in Nordrhein-Westfalen von Jahr zu Jahr dramatisch reduziert. Es wäre im Jahre 1994 bereits zu einem völligen Zusammenbruch der Naturschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen gekommen, wären die geringen Landesmittel nicht durch Mittel der Europäischen Union für Natur- und Landschaftsschutz aufgestockt worden. Das gilt auch für 1995.

Hier zeigt sich wieder einmal, wie Reden und Handeln der Landesregierung auseinanderklaffen. So hatten Sie, Herr Minister, 1993 vollmundig versprochen, ab 1994 könne durch die Mitfinanzierung der Europäischen Union wesentlich mehr für den Naturschutz und die Landschaftspflege getan werden. Doch ist der Haushaltsansatz, der 1993 für Naturschutz und Landschaftspflege noch 80 Millionen DM betrug, auf 66 Millionen DM zusammengestrichen worden.

Die CDU-Landtagsfraktion hat im Bereich der Abwasserbeseitigung durch eine Vielzahl von Initiativen darauf hingewirkt, daß es zu einer Entlastung der Bewohner in der ländlichen Region kommt, weil die Gebührenhöhe in ländlichen Gegenden in

(C) unverantwortlicher Weise gegenüber anderen Regionen des Landes Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren zugenommen hat.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Uhlenberg, darf ich Sie daran erinnern, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist!

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Frau Präsidentin, ich komme sofort zum Ende. - Durch unseren Antrag, der zur Zeit im Landtagsausschuß behandelt wird und demnächst zur Anhörung ansteht, wird dieses Problem noch einmal dargestellt.

Wir verfolgen aufmerksam, inwieweit die Landesregierung bereit ist, zum Beispiel durch die Beseitigung von überflüssigen Auflagen des Landes dafür Sorge zu tragen, daß die Abwasserbeseitigung in Nordrhein-Westfalen neu geregelt und damit für den Bürger kostengünstiger wird.

(Beifall bei der CDU)

(D) Im Hinblick auf die Durchführung auf die Neuorganisation der Forstverwaltung bedauere ich nachdrücklich die fehlende Bereitschaft der Landesregierung und der SPD-Mehrheitsfraktion, und zwar sowohl im Hinblick auf die Abgrenzung der Forstamtsbezirke als auch bei der Verwirklichung eines Einstellungskorridors für junge Forstbeamte zur Problemlösung beizutragen. Vor diesem Hintergrund kann nicht von einer gelungenen Neuorganisation der Forstverwaltung gesprochen werden. Hier fordere ich Sie, Herr Minister, auf, nachzubessern.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege!

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): In all diesen Bereichen ist die Landesregierung in den vergangenen Jahren ihrer Verantwortung nicht gerecht worden. Ein Neuanfang ist nicht erkennbar. Der Haushaltsentwurf des Einzelplans 10 für das Jahr 1995 wird von der CDU-Fraktion abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Sieg.

- (A) **Abgeordneter Sieg (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Uhlenberg, die Kritik am Präsidenten des Westfälisch-Lippischen Bauernverbandes, Herrn Heeremann, kann ich hier so nicht stehen lassen.

(Lachen bei der CDU)

Wir kommen beide aus dem Tecklenburger Land. Wir sind uns, glaube ich, durchaus darüber im klaren, wie man die Sachverhalte, die heute in der Agrarpolitik diskutiert werden, bewerten muß. Insofern glaube ich, daß der Brief, den der Präsident an den Minister geschrieben hat, schon Gewicht hat und in der Debatte um nachwachsende Rohstoffe Beachtung finden muß.

Herr Uhlenberg, Sie sind dann auf die sinkenden Einkommen der Landwirte in diesem Jahr eingegangen und haben darstellen wollen, daß besonders in Nordrhein-Westfalen die Einkommen der Landwirte zurückgehen. Dabei ist nach meinem Dafürhalten ein bißchen der Eindruck entstanden, als ob das alles hausgemachte Länderangelegenheiten wären.

- (B) Ich hingegen glaube, daß Wirtschaftspolitik - Landwirtschaft gehört auch zur Wirtschaftspolitik - nicht an Ländergrenzen haltmacht. Lassen Sie mich insoweit auf die Agrarreform von 1982 verweisen, mit ein Kind der Bundesregierung. Leider muß man feststellen, daß nach dieser Agrarreform, durch die vieles, wenn auch nicht alles, in der Landwirtschaft besser werden sollte, die Einkommen der Landwirte in Frankreich - das hat der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium in meiner Gegenwart bei einer Versammlung auch nicht bestritten - im letzten Jahr um 12 % gestiegen, während sie bei uns um 20 % gefallen sind.

Also wird es wohl nicht so sehr ein Problem der deutschen Bundesländer sein als ein Problem der allgemeinen Rahmenbedingungen der Landwirtschaftspolitik in Europa, die nach dieser Neuerung schon wieder reformbedürftig geworden sind.

Zur Frage des soziostrukturellen Einkommensausgleichs und der Mitfinanzierung der Länder - wir waren ja darauf gefaßt, daß Sie dies heute wieder vorbringen - muß ich sagen, daß es bei dem dramatischen Verfall der Einkommen der Bauern verständlich ist, wenn Sie das in die Debatte werfen. Allerdings müssen wir bei der Meinung bleiben,

- (C) daß es sich hier um den falschen Adressaten handelt, bei dem Sie diese Wünsche vorgetragen haben. Wir müssen Sie darauf verweisen, daß für die währungsparitätischen Probleme nach unserer Auffassung der Bund zuständig ist und dort die Dinge angemeldet werden müssen.

Aufgabe des Landes ist es hingegen, den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu stärken. Wir sind der Überzeugung, daß dazu auch die einzelbetriebliche Förderung gehört. Wenn dort Kürzungen vorgenommen worden sind, basiert das unter anderem darauf, daß im letzten Jahr ein Minderbedarf festzustellen war. Bei Änderung der entsprechenden EG-Vorschriften bestehen dort aber Möglichkeiten des flexiblen Reagierens.

Gemeinsam mit dem landwirtschaftlichen und gärtnerischen Berufsstand und der Landwirtschaftskammer sowie der Landbauwissenschaft möchten wir Sozialdemokraten mit dem jetzt eingebrachten Haushalt unser Programm für umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft weiter nach vorne bringen. Das Programm umfaßt Untersuchungs- und Forschungsprojekte auf den verschiedensten Gebieten und erstreckt sich auch auf die Erzeugung von Produkten mit erheblicher Landesförderung und Integrationskonzepte der Landwirtschaft in den Naturschutz. Im Vermarktungsbereich leistet nach unserem Dafürhalten die CMA hervorragende Arbeit.

(D) Zur Schweinepest sind auch wir der Überzeugung, daß wir sowohl den Veterinärverwaltungen wie auch den Landwirtschaftskammern und den Landwirtschaftsverbänden Dank sagen müssen, daß sie zusammen mit dem Ministerium diese schwierige Angelegenheit auch im Interesse des Veredelungsstandortes Nordrhein-Westfalen bislang größtenteils eindämmen konnten. Vielen Dank, Herr Minister.

Gerade in einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen kommt der Stärkung des ländlichen Raumes besondere Bedeutung zu. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe ist deshalb nicht nur für schöne Wanderwege, idyllische Bergwiesen und still ruhende Seen für gestreßte Bewohner aus Ballungsgebieten zu sorgen, sondern hier geht es um die strukturelle, die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes. Die SPD-Landtagsfraktion wird ihren Weg, dem ländlichen Raum eine genauso quantitative und genauso effektive

(Sieg [SPD])

- (A) Förderung wie anderen Gebieten, insbesondere den Ballungsgebieten, zu gewähren, auch 1995 unbeirrt fortsetzen.

Für die naturnahe Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung - Sie schnitten es an, Herr Kollege Uhlenberg - stehen 20 Millionen DM im Haushalt zur Verfügung. Das ist eine leichte Reduzierung um 1 Million DM gegenüber dem Haushaltsansatz 1994. Natürlich - da gebe ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition völlig recht - wäre ein höherer Mittelansatz für die Förderung der Gewässerunterhaltung wünschenswert. Allerdings mußte der Landeshaushalt im Rahmen der haushaltsrechtlichen Gegebenheiten auch hier - es tut uns auch leid, aber ich darf betonen: nur geringfügig - gekürzt werden.

Ich darf hinzufügen, daß sich die kommunalen und landwirtschaftlichen Spitzenverbände im Ministerium am 24. Oktober 1994, wenn auch vielleicht zähneknirschend, durch Einsicht in die Notwendigkeiten hiermit einverstanden erklärt haben.

Herr Minister, ich erinnere an meine Ausführungen im Fachausschuß zu dieser Frage und darf feststellen, daß Sie mit uns einig waren, hier weitere Kürzungen nicht mehr zuzulassen. Das wird nach unserer Auffassung auch für die Zukunft so zu gelten haben.

(B)

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Sieg, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen - -

Abgeordneter Sieg (SPD): Nein, ich möchte nicht zu denen gehören, die diese Veranstaltung jetzt noch verlängern.

Zum Gewässerschutz als solchem ist festzustellen, daß heute landesweit 96 % der Bevölkerung an biologische Kläranlagen angeschlossen sind. Anfang der 80er Jahre waren es noch knapp 60 %. Durch den Einsatz moderner Technologien konnten bei der Gewässerqualität große Erfolge erzielt werden. Der Rückgang der Reinwasserbelastung beispielsweise von Ende der 70er Jahre bis heute bewegt sich je nach Schadstoff zwischen 60 und 94 %.

Meine Damen und Herren, zur pauschalen Förderung investiver Maßnahmen der Gemeinden im Abwasserbereich werden 1995 295 Millionen DM bereitgestellt. Der Betrag wird zu einem

Drittel nach der Einwohnerzahl und zu zwei Dritteln nach der Gebietsfläche verteilt. Damit werden die kleineren, großflächigen Gemeinden günstiger gestellt als die Großstädte.

(C)

Im Rahmen der Dorferneuerung wurden landesweit bis heute über 1 500 Projekte gefördert. Die Maßnahmen zur Wiederherstellung, Erhaltung und Pflege naturnaher Dorf- und Landschaftsstrukturen wurden mit über 200 Millionen DM gefördert. Sie haben ein Investitionsvolumen von 410 Millionen DM bewirkt. Auch hier muß darauf geachtet werden, daß insbesondere durch bundesrechtliche Vorgaben keine Streichungen erfolgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für Naturschutz und Landschaftspflege sind 1995 66,15 Millionen DM veranschlagt. Vor Beginn des Umweltprogramms gab es in Nordrhein-Westfalen 250 Naturschutzgebiete mit 16 600 Hektar. Heute haben wir 1 363 Naturschutzgebiete mit insgesamt 62 612 Hektar Gesamtfläche. Wir sind froh, daß diese Entwicklung hier so positiv verlaufen ist, und stellen fest, daß am Ende dieser Legislaturperiode alle Flächen, die für den Naturschutz gesichert werden können, auch gesichert werden.

Meine Damen und Herren, die Verbesserung des Verbraucherschutzes und gesunde Nahrungsmittel sind wichtig für jedermann. Für die Ernährungs- und Umweltberatung der Verbraucherzentrale sind 1995 2,7 Millionen DM eingestellt. Während im Bund und in anderen Ländern die Mittel für diese Aufgaben gekürzt werden, wird die Aufklärungsarbeit in Nordrhein-Westfalen weiter gestärkt.

(D)

Die nordrhein-westfälische Lebensmittelüberwachung ist für den Binnenmarkt gut gerüstet. Gegenwärtig sind 229 Lebensmittel- und 817 Fleischkontrolleure allein bei der behördlichen Überwachung im Lande tätig. Nordrhein-Westfalen ist allerdings - und wird es auch wohl bleiben - ein heißes Pflaster für schwarze Schafe, die den Verbraucherschutz mit Füßen treten und zusätzlich den Ruf einer ganzen Branche gefährden.

Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und zum Schutz der Land- und Ernährungswirtschaft darf - und das gewährleistet dieser Haushalt auch - in den Kontrollen nicht nachgelassen werden. Zur weiteren Effektivierung unserer Lebensmittelüberwachung ist in Nordrhein-Westfalen ein neuartiges System der automati-

(Sieg [SPD])

- (A) schen Datenverarbeitung im Aufbau. Ziel dieses Projektes ist es, die Lebensmittelüberwachung mit schnellem, computergestütztem Informationsaustausch noch zeitnäher und noch schlagkräftiger zu machen.

Für die SPD-Landtagsfraktion stelle ich bei Ablehnung der Anträge der GRÜNEN und der CDU fest: Unsere Landwirtschafts-, Forsten-, Naturschutz- und Abwasserpolitik können wir mit dem in schwierigen finanziellen Zeiten für diese Bereiche vorgelegten Haushalt fortführen und weiterentwickeln. Die SPD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Entwurf insoweit zu. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Meyer das Wort.

Abgeordneter Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Jahre wieder wird regelmäßig über den Haushalt von Nordrhein-Westfalen beraten.

- (B) (Abgeordneter Büssow [SPD]): Das machst Du aber schön, Friedel!!

Alle Jahre wieder stellen die einzelnen Fraktionen Anträge zu den verschiedensten Punkten im Haushalt. Alle Jahre wieder werden Anträge von CDU, GRÜNEN und F.D.P. gestellt. Und alle Jahre wieder werden diese, auch wenn sie noch so vernünftig sind, von der SPD-Mehrheit abgelehnt.

(Abgeordneter Büssow [SPD]): Aber nicht originell!!

Deshalb haben wir von der F.D.P. uns entschlossen, eine globale Kürzung des Haushalts vorzunehmen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]): Auch nicht schlecht!

Ich möchte für Land- und Forstwirtschaft einiges andeuten, was uns - ich denke da besonders an die Betroffenen, die uns am Herzen liegen - wichtig erscheint.

Erstens. Die Kürzung der Mittel im Haushalt für die Kreise, für Wasser- und Bodenverbände, was

die Gewässer zweiter Ordnung angeht; das ist eben schon mehrfach angesprochen worden. Ich möchte Herrn Sieg nur einmal in Erinnerung rufen: Er hat den Landwirten im vorigen Jahr schon versprochen, daß nicht mehr gekürzt werde. (C)

(Beifall bei der CDU)

Jetzt verspricht er es dieses Jahr wieder. Ich frage mich, was im nächsten Jahr wird. Das hat zur Folge, daß die Wasserverbände ihre Aufgaben auch in diesem Bereich fast aufgeben müßten. Ob das ökologisch oder ökonomisch sinnvoll ist, wage ich zu bezweifeln.

Die kleineren Verbände, die ja ehrenamtlich tätig waren und mit einem starken Engagement zum Gewässerschutz angetreten sind, sind schon vor Monaten aufgelöst worden. Mit dieser Auflösung war auch eine Auflösung des ehrenamtlichen Engagements verbunden, indem man diese kleinen Wasser- und Bodenverbände in die großen einbezogen hat. Nun wird auch diesen das Wasser abgegraben, so daß ich nicht weiß, wo das noch hinführen soll.

Zweitens. Struktureller Einkommensausgleich für die Landwirte: Auch hierüber ist gesprochen worden. Wie auch in den letzten Jahren stellt die Bundesregierung Mittel für die Landwirtschaft, deren Einkommen gerade bei kleinen und mittleren Betrieben stetig sinkt, zur Verfügung. (D)

Wenn man bedenkt, daß über 50 % der Landesfläche zum sogenannten ländlichen Raum zu zählen sind, in dem Forstwirtschaft und Landwirtschaft betrieben werden, so wäre es auch sinnvoll, diese eine Hälfte des Landes nicht zu vernachlässigen. Denn die Gelder vom Bund fließen nur, wenn sich die Länder mit angemessenem Beitrag daran beteiligen. Diese Beteiligung hat der Minister Klaus Matthiesen abgelehnt, womit er unsere Landwirte wieder einmal total vernachlässigt,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

obwohl er die Umsatzsteuerbeteiligung des Landes seitens des Bundes nicht ablehnt. Dann müßte er das ja auch im Bund belassen.

Drittens. Forstwirtschaft: Sie alle kennen ja die wunderbaren Programme des Umweltministers, die hoch gepriesen werden, aber dennoch nicht immer viel Substanz aufweisen.

(Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.]

(A) (Beifall bei der F.D.P. - Minister Matthiesen:
Das ärgert euch!)

- Das ärgert uns gar nicht. Aber was jetzt kommt,
ärgert uns.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Dafür
haben wir höhere Kampagnen!)

Auf der einen Seite, was die Forstwirtschaft angeht,
wird ein Programm "Wald 2000" von der Landesregierung
ins Leben gerufen. Auf der anderen Seite jedoch wird
eine drastische Kürzung, eine Nullrunde sozusagen,
für 20 Jahre angepeilt. Das heißt, es wird kein
neues Personal mehr für den Wald zur Verfügung
stehen.

Gleichzeitig wird ein ganzer Ausbildungszweig,
das Forstwirtschaftsstudium, von der Bildfläche
verschwinden, obwohl sich - so auch der letzte
Waldzustandsbericht - der Wald ja nicht gerade in
einem ausgezeichneten Zustand befindet. Also gibt
es auch hier Widersprüche in der Politik der
Landesregierung.

Diese drei Beispiele mögen verdeutlichen, daß die
Landesregierung nach außen hin Umweltschutz und
Ökologie predigt, aber dieser Predigt keine Substanz
gibt - zumindest nicht für die Landwirtschaft. Die
Prioritäten konzentrieren sich nicht im ländlichen
Raum mit seinen großen Entwicklungspotentialen,
sondern in der Montan-Region von Kohle und Stahl.
Es hat sich also bei der Landesregierung für die
Landwirtschaft nichts getan. Das geht auch aus der
Vielzahl der Anträge hervor, die die SPD im
Landwirtschafts- und Forstwirtschaftsbereich gestellt
hat, nämlich einen einzigen. Und diese Änderung
umfaßte einen Betrag von 30 000 DM.

(B)

Sie sehen also, wie ernst die SPD die Situation in
der Forst- und Landwirtschaft nimmt: 1. Mittelkürzungen
bei naturnaher Unterhaltung der Gewässer zweiter
Ordnung. 2. Keine Ausgleichszahlungen für sozialstrukturellen
Einkommensausgleich. 3. Kein Geld für das Personal in
unseren Wäldern, keine Zukunft für neue Arbeitsplätze.

Ich hoffe nur, daß sich im nächsten Jahr nach der
Landtagswahl vieles ändern wird und dann unser
ländlicher Raum unseren Ballungsgebieten gleichgestellt
wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dies wünsche ich mir.

(C)

Ich möchte jetzt noch etwas zu den Anträgen sagen.
Dem Antrag der CDU für die Aufstockung der Gewässer
zweiter Ordnung auf 22 Millionen DM stimmen wir zu.

Alle anderen Anträge - ich will sie nicht extra
erwähnen, denn sie sind überzogen, besonders die
von den GRÜNEN - werden wir ablehnen. - Danke
schön!

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. -
Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich
der Frau Abgeordneten Höhn das Wort.

(Zurufe von SPD und CDU: Sigi, Sigi!)

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Meine Damen und Herren!
Ich merke an der Unruhe, daß Sie etwas enttäuscht
sind, mich hier vorzufinden. Leider bin ich nicht in
der Lage, Sigi Martsch voll zu ersetzen; aber ich
werde mein Bestes tun. Vielleicht sollten Sie erst
einmal zuhören, was passiert ist: Sigi Martsch ist
leider kurzfristig erkrankt

(D)

(Minister Matthiesen: Er war doch eben noch da!)

- eben nicht! -, ist vor zwei Stunden nach Hause
gefahren, und ich versuche, ihn so gut wie möglich
zu ersetzen. Daß ich das nicht kann, das habe ich
eben an den Beifallstürmen für Sigi Martsch mitbekommen.
Aber ich werde mein Bestes geben.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß ich in
diesem Fall auch eine würdige Vertreterin, zumindest
was die Inhalte angeht, von Sigi Martsch bin. Wenn
wir uns die Haushaltszahlen von 1995 ansehen, muß
man sagen, daß das Land Nordrhein-Westfalen im
Verhältnis zu den Jahren vorher nicht viel
dazugelernt hat. Der größte Teil der Mittel wird
immer noch für direkte Agrarwirtschaft ausgegeben
und nicht für die Bereiche Naturschutz,
Landschaftspflege, Marktstrukturen, Verbraucherangelegenheiten,
ökologische Stadt, ökologisches Dorf der Zukunft.

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Von daher sehen wir, daß das Land hier die Vorstellung der EU ebenso wie die Vorstellungen der Bundesebene mit übernimmt, mit transportiert. Das halten wir für falsch, weil die Politik der EG darauf zielt, Großbetriebe zu fördern, Massentierhaltung zu fördern, und damit weiteren Pestizid- und Kunstdüngereinsatz unterstützt, was wir nicht für in Ordnung halten.

Wenn man sich einmal die nordrhein-westfälische Landwirtschaftspolitik ansieht, muß man sagen: Bürokratische Mißstandsverwaltung geht einher mit Selbstbeweihräucherung. Das, was hier geboten wird, ist einiges an Worten, aber nichts an Taten, Herr Minister Matthiesen.

Uns geht es aber um den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft statt Agrarfabriken. Die Konzentrationsprozesse führen einfach dazu, daß riesige Flächen bebaut werden, Monokulturen geschaffen werden, weniger Standorte, höhere Erträge durch Pestizide und Kunststoffdünger.

Infolgedessen finden wir im Grundwasser Nitrat und Pestizide, kaufen schadstoffhaltige Lebensmittel, sind entsetzt über tierquälerische Massentierhaltung, es gibt Gülleprobleme - das alles durch die Politik auch des Landes Nordrhein-Westfalen.

- (B) Die landwirtschaftlichen Einnahmen - das haben meine Vorredner hier schon gesagt - sinken rapide, speziell für die Familienbetriebe. Das hat zur Folge, daß Arbeitsplätze wegfallen, das hat soziale Folgen; das alles halten wir für falsch.

Wir dagegen meinen, Landwirtschaft heißt auch in diesem Bereich: nachhaltige Entwicklung ökologischen Landbaus. Ohne große Energiezufuhr ist das mit natürlichen Kreisläufen möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft statt Agrarfabriken. Wir wollen gesunde Nahrungsmittel, und das wäre auch mit einer anderen Agrarpolitik in diesem Lande möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Die Politik des Landwirtschaftsministers hier in Nordrhein-Westfalen, Herr Matthiesen, beschränkt sich auf Worte statt auf Taten. Wenn ich zum Beispiel im Bereich Naturschutz sehe, Herr Matthiesen, wie Sie regel-

mäßig jedes Jahr Ihre Presseerklärung in die Kreise verteilen, wo Sie jubelnd hervorheben, daß der Kolkrabe wieder da ist und das Ferkelkraut sich wieder angesiedelt hat, dann muß ich sagen: Das entspricht nicht der Wirklichkeit in diesem Lande. Der Kolkrabe ist in vielen Kreisen immer noch nicht da, und das Ferkelkraut kann sich auch nur einmal ansiedeln, Herr Minister Matthiesen!

(C)

Präsidentin Friebe: Frau Kollegin Höhn, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Uhlenberg zulassen?

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Entschuldigen Sie bitte! Ich bin gerade bei Herrn Matthiesen zugegen, und jetzt kommt der Herr Uhlenberg dazwischen.

(Lebhafte Heiterkeit)

Nun muß ich erst einmal mit Herrn Matthiesen fertig werden.

So, Herr Minister Matthiesen! Sie durchschneiden das "grüne Band der Sympathie" bei Minibiotopen, und gleichzeitig sorgen Sie dafür, daß mit Garzweiler II ein riesiges Naturschutzgebiet den Bach hinuntergeht. Das halten wir für falsch. Eine solche Politik lehnen wir ab.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie hier tun, ist eine antiquierte Energiepolitik. Sie opfern damit wirklich eine nachhaltige Politik, die Sie betreiben könnten, einer antiquierten Energiepolitik der SPD hier in Nordrhein-Westfalen.

Was Sie zum Beispiel bei der Abwasserpolitik oder überhaupt der Wasserpolitik unternehmen, ist wirklich auch wieder eine dieser Schaumschlägertaten, für die Sie ja stehen. Im Sommerloch stellen Sie sich hin und werben für die Benutzung des Waschlappens und den Duschverzicht. Sie sind damit nichts anderes als der Waschlappen in diesem Land. Sie lenken von den Ursachen ab. Was man braucht, ist, daß man sich gegen die Versiegelung wendet, was Sie nicht tun. Wir wollen Renaturierung zum Beispiel der Bäche. Das sind die Taten, die hier angesagt sind, und nicht, den Leuten zu erklären, sie dürften sich nur einmal in der Woche duschen.

(Höhn [GRÜNE])

- (A) Wie wir das erreichen wollen, ist auch ganz klar: Wir wollen das durch Abgaben erreichen. Wir haben vorgeschlagen: eine Stickstoffdüngerabgabe, Pflanzenschutzmittelabgabe, Massentierhaltungsabgabe, Grundwasserentnahmeabgabe oder Versiegelungsabgabe.

(Minister Matthiesen: Oje!)

- Ja, genau, Herr Minister Matthiesen!

(Minister Matthiesen: Noch mehr!)

Und weil Sie das alles nicht wollen, stehen Sie immer noch da, wo Sie jetzt sind, und kommen auch nicht weiter vom Fleck. Sie lösen deswegen auch die Probleme in diesem Lande nicht.

Wenn man zur nachhaltigen Entwicklung kommen will, dann muß man umsteuern, dann muß man auch mit Öko-Abgaben umsteuern. Wir sind diejenigen, die dann mit diesen Einnahmen hier auch wieder einiges geraderücken wollen. Deshalb will ich noch einmal auf die Anträge eingehen, die wir gestellt haben:

- (B) Erstens wollen wir eine Machbarkeitsstudie oder einen "runden Tisch" für die Einrichtung einer Zellstoffproduktion in Nordrhein-Westfalen. Wir alle wissen, daß sich der Holzmarkt nach den Stürmen von 1990/91 nicht wieder erholt hat. Die Haupteinnahmequelle der Forstbetriebe ist nun einmal der Holzmarkt. Deshalb müssen wir hier eine Grundlage für ein langfristiges Weiterkommen schaffen. Daher schlagen wir eben diesen "runden Tisch" vor, um eine Machbarkeitsstudie in Richtung der Zellstoffproduktion in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln. Die Ziele dieses runden Tisches sollen sein: eine gleichrangige Berücksichtigung aller Holzregionen in Nordrhein-Westfalen und Umweltverträglichkeit des Produktionsprozesses und der Produktionsstandorte.

Ich komme noch einmal zu den kleinen Betrieben zurück, die auch von meinen Vorrednern mehrfach angesprochen worden sind: Für rund 30 Prozent der Bauernhöfe in Westfalen-Lippe fehlt in der Tat ein Nachfolger. Seit 1960 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Westfalen von 113 000 auf knapp 53 000 gesunken. Die Haupterwerbsbetriebe in Nordrhein-Westfalen sind im Wirtschaftsjahr 1993/94 bei den Gewinnen erstmals auf den letzten Platz unter den alten Bundesländern gerutscht.

(C) Deshalb fordern wir ein Programm, das genau in diesem Sinne tätig wird. Es sollen 20 Millionen DM für Bearbeitungs- und Vermarktungsinitiativen für landwirtschaftliche Produkte aus Gebieten mit besonderer Bedeutung für den Naturschutz eingesetzt werden. Wichtig ist hierbei, daß es nicht zu einer Trennung der Wirtschaftsfunktion einerseits und der Landschaftspflege der Landwirtschaft andererseits kommt. Wir wollen keine flächenbezogenen Zuschüsse, sondern betriebsbezogene Zuschüsse. Wir wollen auch eine Kennzeichnung der Erzeugnisse aus diesen Regionen, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher gezielt Produkte aus ihrer eigenen Region kaufen können und damit auch eine ökonomische Absicherung der einzelnen Betriebe erreicht werden kann.

Wir wollen außerdem 20 Millionen DM für eine gruppenbetriebliche Förderung in Verbindung mit der Schaffung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungseinheiten. Das heißt, wir wollen eben nicht, daß nur die Eintausend-Hektar-Betriebe wettbewerbsfähig sind und aus eigener Kraft die gesellschaftlich-ökologische Regionalisierung der Produkte einleiten können. Gerade durch die fünf neuen Länder ist der Druck gewachsen, zu großen Betrieben zu kommen. Wir wollen aber die kleinteiligen Strukturen in der landwirtschaftlichen Produktion in Nordrhein-Westfalen erhalten und für diese Betriebe die Möglichkeit zu einer wettbewerbsfähigen Entwicklung schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Wir wollen außerdem, um diesen Prozeß zu verbessern, eine Kampagne regional-ökologischer Vermarktung. Dafür setzen wir 3 Millionen DM an. Wir wollen die Schaffung regionaler Wirtschaftsräume. Dafür wollen wir 2 Millionen DM ansetzen.

Ich komme nun zu dem Bereich "Abwasser": Ich habe vorhin von der Versiegelungsabgabe geredet. Wir wollen eine Umsteuerung. Wir wollen die 200 Millionen DM, die wir durch sie einnehmen, zur Schaffung natürlicher Hochwasserfluträume einsetzen. Sie wissen alle, daß die Betonierung der letzten Jahre zu enormen Kosten in diesem Bereich und zu erheblichen Gebühren geführt hat. Deswegen wollen wir die Schaffung natürlicher Hochwasserfluträume. Wir wollen langfristig zu einer Renaturierung kommen, nachdem durch die Politik der Vergangenheit eben eine künstliche Erhöhung der Abwasserpreise eingetreten ist. Wir

(Höhn [GRÜNE])

- (A) wollen die Förderung naturnaher dezentraler Wasseraufbereitungsanlagen. Da sind wir in vielen Punkten im Konsens mit der CDU.

Da meine Redezeit fast zu Ende ist, möchte ich am Schluß noch etwas zur Schweinepest sagen: Herr Minister Matthiesen, bei der Schweinepest haben Sie Schwein gehabt. Es ist nicht Ihren Fähigkeiten zu verdanken, daß Sie hier nicht die Verhältnisse wie in Niedersachsen bekommen haben. Die Ursachen sind andere. Würden Sie unseren Programmen zustimmen - ökologische Landwirtschaft, kleinbäuerliche Betriebe, also keine Massentierhaltung und keine Tiertransporte -, werden Sie auch keine Probleme mit der Schweinepest haben. Nutzen Sie also die Gelegenheit und stimmen Sie den Anträgen der GRÜNEN zu, meine Damen und Herren. Die Möglichkeit dazu besteht jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, bevor ich dem Herrn Minister das Wort gebe, darf ich eine Delegation polnischer Bürgermeister auf der Tribüne begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

- (B) Für die Landesregierung spricht Herr Minister Matthiesen.

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Jetzt merke ich erst, wie klein Sie sind, (Minister Matthiesen stellt das Rednerpult hoch) weil ich so lange brauche, um es hochzubringen.

(Unruhe)

Frau Präsidentin! meine Damen und Herren! Bevor ich auf die einzelnen Debattenbeiträge eingehen möchte, darf ich im Rahmen der Vereinbarung zwischen der Frau Präsidentin und dem Herrn Abgeordneten Leifert dessen eingereichte Dringliche Anfrage 638 beantworten, die normalerweise morgen vormittag zu Beginn der Sitzung aufgerufen werden sollte. Herr Kollege Leifert war so nett und entgegenkommend - dafür bedanke ich mich -, mir zu ermöglichen, diese Dringliche Anfrage jetzt zu beantworten, damit ich morgen für die Landesregierung im Bundesrat den Gesetz-

- entwurf zur Bekämpfung des Ozons begründen kann. (C)

(Zuruf von der CDU: So sind wir!)

Wenn Sie also einverstanden sind, Frau Präsidentin, dann darf ich im Sinne Ihrer Absprache mit Herrn Leifert so verfahren.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sind wir jetzt in der Fragestunde, Frau Präsidentin? - Unruhe)

Die Frage von Herrn Leifert lautet:

Europäische Schweinepest in der Gemeinde Everswinkel

In der Gemeinde Everswinkel, Kreis Warendorf, ist Anfang Dezember in einem landwirtschaftlichen Betrieb die europäische Schweinepest, verursacht durch das illegale Verhalten eines örtlichen Viehhändlers, ausgebrochen.

Da der Kreis Warendorf ein Gebiet mit hoher Veredlungsdichte im Bereich Schweinehaltung ist, bedeutet diese Tatsache für viele landwirtschaftliche Betriebe eine nicht unerhebliche Bedrohung ihrer Existenz. Die schnellen und konsequenten Bekämpfungsmaßnahmen der Behörden sind zwingend notwendig und werden begrüßt. Einzelne landwirtschaftliche Betriebe, die keinerlei Verschulden trifft, sind nunmehr gezwungen, jeweils Hunderte von schlachtreifen Tieren rund 40 Tage länger als sonst notwendig in ihren Betrieben zu halten. Daraus können sich Verluste zwischen 50 000 und 200 000 DM pro Betrieb ergeben.

Ist die Landesregierung bereit, aus Landesmitteln einen sogenannten "Feuerwehrfonds" einzurichten, um einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben, die unverschuldet hohe Verluste erleiden bzw. in Existenznot geraten, schnell und unbürokratisch außerhalb der gesetzlichen Leistungsverpflichtungen der Tierseuchenkasse Hilfe zu leisten?

Hintergrund, Herr Kollege Leifert - ich darf das für das Plenum sagen -, sind die Ereignisse in der Gemeinde Everswinkel, wo ein Schweinepestfall aufgetreten ist und behördliches Handeln notwendig war. (D)

(Minister Matthiesen)

(A) Diese Dringliche Anfrage von Herrn Leifert, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, darf ich für die Landesregierung wie folgt beantworten:

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Wir haben doch keine Fragestunde hier!)

- Verehrter Herr Kollege, ich habe zur Kenntnis zu nehmen, was die Präsidentin mit dem Herrn Abgeordneten als Fragesteller vereinbart hat.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Wir haben eine Geschäftsordnung - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Keine Extrawurst für Herrn Matthiesen! - Unruhe und weitere Zurufe)

Präsidentin Friebe: Es ist natürlich selbstverständlich, daß der Herr Minister heute in dieser Diskussion auf die Frage des Herrn Leifert antworten kann. Das ist auch gestern zum Beispiel mit der anderen Dringlichen Anfrage von Herrn Appel geschehen, die dann zurückgezogen worden ist. Auch das ist in der Debatte besprochen worden. Hier wollen wir genauso verfahren und dies jetzt mit in der Debatte besprechen.

(B) (Beifall bei der SPD - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Die Frage wird morgen auch gestellt?)

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir jetzt so verfahren könnten, meine Damen und Herren.

Am 5. Dezember 1994 wurde in einem Betrieb in Everswinkel, Kreis Warendorf, Schweinepest festgestellt. Die Veterinärbehörden haben umgehend die nach den tierseuchenrechtlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Sperrmaßnahmen eingeleitet, das heißt: Einrichtung eines Sperrbezirks im Umkreis von drei Kilometer um das Seuchengehöft, Einrichtung eines Beobachtungsgebietes im Umkreis von 10 Kilometer, Errichtung einer Schutzzone von 20 Kilometer. Alle bisher erfolgten weiteren Untersuchungen hatten zum Glück ein negatives Ergebnis. Es besteht also die Hoffnung, daß es bei einem Pestfall in Everswinkel bleibt.

Nach Auskunft des Bundeslandwirtschaftsministeriums ist bisher in keinem Bundesland, in dem

in den letzten Monaten Schweinepest teilweise wiederholt und sogar epidemisch aufgetreten ist, ein besonderer Ausgleichsfonds für pestgeschädigte Landwirte eingerichtet worden. Erst bei mehreren Pestfällen und sich verlängernden Sperrfristen können tierseuchenbedingte Marktstützungsmaßnahmen bei der EU mit 30%iger Landesbeteiligung beantragt werden. (C)

Deshalb habe ich, um mögliche Verluste für die betroffenen Landwirte abzuwenden, am 13. Dezember 1994 zur Erörterung von Problemlösungen zu einem Gespräch eingeladen: die Schlachtbetriebe der Region, den Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband, die Landwirtschaftskammer Westfalen, den Erzeugerring Westfalen. Es bestand Übereinstimmung, daß aufgrund der Sperrmaßnahmen Probleme im Sperrbezirk und bei bestimmten Betrieben im Beobachtungsgebiet zu erwarten sind, und zwar bei Schweinen in der Endphase der Mast.

Die Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband, der Erzeugerring Westfalen eG, die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe und die Schlachtbetriebe Westfälische Fleischwarenfabrik Bernhard Barfuß GmbH & Co. KG, Joh. Grundkötter KG, Wilhelm Holwit KG, B. u. C. Tönnies Fleischwerke GmbH & Co. KG und Westfleisch eG vereinbaren folgende Begleitmaßnahmen zu den eingeleiteten behördlichen Verfahren: (D)

1. Die Schweinemäster müssen im Rahmen ihrer Schadensminderungspflicht alle geeigneten Maßnahmen treffen. Dazu gehören vor allem eine eingeschränkte Fütterung zur Überbrückung der Sperrfristen und die Nutzung zur Verfügung stehender Gebäudekapazitäten für die Ferkelaufzucht. Die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe wird in enger Zusammenarbeit mit dem Erzeugerring Westfalen die notwendige Beratung sicherstellen.
2. Die Veterinärverwaltung sichert zu, daß die erforderlichen Kontrolluntersuchungen zur Aufhebung der Restriktionen in kürzestmöglicher Frist abgeschlossen werden. Dazu werden das Land und die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe dem Kreis Warendorf zusätzliches Personal zur Verfü-

(Minister Matthiesen)

- (A) gung stellen; erforderliche Kontrolluntersuchungen werden auch an Wochenenden beziehungsweise Feiertagen durchgeführt.
3. Die Schlachtbetriebe sichern zu, nach Aufhebung der verhängten Restriktionen im Sperrbezirk die angebotenen Schlachttiere im Rahmen regulärer Vermarktung abzunehmen und dabei dafür Sorge zu tragen, daß bei der Preisgestaltung und -abrechnung den Landwirten keine zusätzlichen Verluste für erhöhte Gewichte entstehen. Alle Schweine, die die Normalmaske nach oben übersteigen und innerhalb von 14 Tagen nach Aufhebung des Sperrbezirks angeboten werden, werden mit einem Magerfleischanteil von 55 % abgerechnet. Weitere Gewichtsabzüge über 120 kg werden nicht vorgenommen.
4. Die durch Einzelverfügung im Beobachtungsgebiet gesperrten Betriebe werden behandelt wie Betriebe im Sperrbezirk.
5. Diese Hilfsaktion ist Ausdruck modellhafter Zusammenarbeit aller Beteiligten in Nordrhein-Westfalen. Sie wird verbunden mit einem Appell, die vorsorgenden Schutzmaßnahmen weiterhin konsequent zu betreiben.
- (B)

So weit der Wortlaut der Vereinbarung und so weit formal, Frau Präsidentin, die Beantwortung der durch den Kollegen Leifert eingereichten Dringlichen Anfrage.

Wenn Sie gestatten, würde ich jetzt überleiten, um auf ein paar Diskussionsbeiträge einzugehen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das hätte morgen auch jemand anderes vorlesen können!)

Zunächst noch ein Wort zur Schweinepest. Herr Uhlenberg hat, glaube ich, bereits eben darauf hingewiesen, daß uns seit einigen Stunden die Meldung vorliegt, daß in Niedersachsen, und zwar, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, in Vechta, erneut ein Schweinepestfall aufgetreten ist, wiederum mit verheerenden Folgen.

Ich kann bei dieser Gelegenheit nur noch einmal eindringlich an die Öffentlichkeit, an alle Landwirte, an alle Viehhändler, an alle Tierärzte und an alle, die damit zu tun haben, appellieren - und dabei hoffe ich auf die Unterstützung des gesamten Parlaments -, nicht nachzulassen in den Vorsorgemaßnahmen, nicht nachzulassen in der notwendigen Disziplin, nicht nachlässig zu werden in der Anwendung der notwendigen Hygienevorschriften. Wir sind nicht über den Berg. Wir können keine Entwarnung geben. Wir müssen alles tun, damit die Schweinepest so eingengt wie möglich bleibt und daß aus dem Fall in Everswinkel nicht weitere Schweinepestfälle entstehen - mit verheerenden Folgen für den gesamten Veredelungsstandort Nordrhein-Westfalen, mit verheerenden wirtschaftlichen Folgen für unsere Landwirte und für die verarbeitende Industrie.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Kruse beantworten?

(Minister Matthiesen: Gern!)

Abgeordneter Kruse (CDU): Herr Minister, ich möchte von Ihnen gerne eine Beurteilung hören, ob die Untersuchungskapazitäten, zum Beispiel im Zusammenhang mit blutserologischen Untersuchungen, die jetzt auf uns zukommen, für das Veredelungszentrum Westfalen und auch insgesamt für Nordrhein-Westfalen ausreichen.

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Nach unserer Einschätzung ja. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hochmotiviert. Sie arbeiten an jedem Wochenende. Wir haben veranlaßt, daß sogar Heiligabend und an den Weihnachtsfeiertagen gearbeitet wird. Es wird mit Hochdruck gearbeitet. Natürlich können Sie die normalen Kapazitäten, die Sie zur Verfügung haben, nicht immer auf die Tatsache einstellen, daß wir es sozusagen mit einem ausufernden Pestgeschehen zu tun haben. Aber wir mobilisieren alles, was uns zur Verfügung steht. Deshalb gehe ich davon aus, daß die Fristen, die uns durch die Seuchenverordnung vorgegeben sind, auch im Interesse der Landwirte gehalten werden können.

(C)

(D)

(A) **Präsidentin Friebe:** Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Kruse?

(Minister Matthiesen: Bitte, gerne!)

- Bitte schön, Herr Kruse.

Abgeordneter Kruse (CDU)*: Herr Minister, wie erklärt es sich dann, daß bereits in Normalzeiten im Zusammenhang mit dem Export von Tieren blutserologische Untersuchungen in Lelystad in den Niederlanden durchgeführt werden?

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Das sind Untersuchungen, die von der Privatindustrie veranlaßt und durchgeführt werden, keine amtlichen Untersuchungen.

Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt kurz auf die Diskussionsbeiträge eingehen darf? - Herr Uhlenberg hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft in Deutschland zur Zeit - Herr Leifert, noch eine Frage zu dem vorigen Thema, weil Sie der Fragesteller waren? -

(Abgeordneter Leifert [CDU] schüttelt den Kopf.)

(B)

insbesondere in den Veredlungsgebieten durch die massiven Preiseinbrüche, zum Beispiel im Bereich der Schweinepreise, in einer nicht ganz einfachen Situation ist.

Deshalb ist es natürlich erklärbar, warum beim Zitieren von Einkommensstatistiken Nordrhein-Westfalen als Veredelungsstandort von dem Einbruch bei den Schweinepreisen jetzt in besonderer Weise betroffen ist. Wir hoffen alle miteinander sehr, daß sich das bald stabilisiert und daß auch die Unsicherheiten sowohl auf dem Rindfleisch- als auch auf dem Schweinefleischsektor bald überwunden und die Preise im Interesse der Landwirte wieder stabiler werden.

Die Landesregierung, Herr Kollege Uhlenberg, wird auch weiterhin alles tun, um leistungs- und wettbewerbsfähige Land- und Gartenbaubetriebe in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und sie bei der Erreichung dieser Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen.

Wenn Sie aber den soziostrukturellen Einkommensausgleich ansprechen, der 1995 endgül-

tig ausläuft, wie Sie wissen, will ich hier noch einmal darauf hinweisen, daß die Landesregierung mehrfach erklärt hat - und dabei bleibt es -, daß sie den soziostrukturellen Einkommensausgleich über 1992 hinaus nicht mitfinanziert. Von der Möglichkeit der Mitfinanzierung hat ab 1993 nur Bayern Gebrauch gemacht. Und die Finanzierungsregelungen in den ostdeutschen Ländern hängen mit der Bewältigung der Folgen der deutschen Einheit zusammen; sie können hier nicht in einen Topf geworfen werden.

Der Agrarministerrat muß im Dezember 1994 über die Agrarwährungsregeln ab 1995 entscheiden. Die Kommission hat vorgeschlagen, das sogenannte Switch-over-System, durch das bei Währungsaufwertung Preissenkungen nationaler Währungen verhindert werden, nicht zu verlängern. Statt dessen sollen bei künftigen Aufwertungen Einkommensverluste für die Landwirtschaft durch direkte Beihilfen ausgeglichen werden.

Ich will hier bereits für die Landesregierung ganz deutlich machen, daß auch künftig aufwertungsbedingte Ausgleichszahlungen durch das Land nicht mitfinanziert werden. Da darf überhaupt keine falsche Parole ins Land gehen!

(C)

Präsidentin Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Uhlenberg?

(Minister Matthiesen: Bitte!)

Herr Uhlenberg, bitte.

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Herr Minister, ich habe mich eben auf eine Veröffentlichung Ihres Hauses bezogen und wörtlich aus einer Presseerklärung Ihres Ministeriums zitiert, in der Sie diese Finanzierung - 65 % Bundesanteil, 35 % Landesanteil - für einen fünfjährigen soziostrukturellen Einkommensausgleich dargelegt haben. War denn mein Zitat falsch?

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Die politischen Ausgangsbedingungen waren damals andere und haben sich in der Zwischenzeit verändert. Denn das, was der Bund anschließend mit den Bundesländern gemacht hat, war nicht entsprechend der Absprache, an der ich damals mit Herrn Kiechle, Herrn

(D)

(Minister Matthiesen)

(A) Stoltenberg und anderen selbst teilgenommen und mitgewirkt habe. Die Bundesländer haben bis hinein in die Ministerpräsidentenkonferenz immer klargemacht, daß währungsbedingte Ausgleichszahlungen an die Landwirte nicht Sache der Bundesländer sind und sein dürfen, sondern Sache der EG und/oder der nationalen Regierungen. Wir werden es nicht zulassen, daß Währungsturbulenzen aus der Landeskasse ausgeglichen werden. Wir würden damit einen Weg beschreiten, der nicht begehbar ist. Deshalb bleibt es bei dieser klaren Linie der Landesregierung.

(Abgeordneter Uhlenberg [CDU] meldet sich erneut zu Wort.)

Was nun die Gewässerunterhaltung zweiter Ordnung anbetrifft, so hat es eine Mittelkürzung gegeben. Ich sage hierzu auch, was ich bereits im Ausschuß gesagt habe: Diese Mittelkürzung ist moderat; sie ist verkraftbar. Nach unserer Auffassung werden die Mittel ausreichen, um den Zweck zu erfüllen. Wir haben auch vorher mit den entsprechenden Verbänden darüber geredet und eine Anpassung der Förderrichtlinien vorgenommen.

(B) Meine Damen und Herren! Auch den Kooperationskurs zwischen der Landwirtschaft und dem Naturschutz oder der Landwirtschaft und dem Gewässerschutz, wie wir ihn in Nordrhein-Westfalen modellhaft in Gang gesetzt haben, werden wir konsequent weiterführen. Wenn Sie erlebt hätten, wie vor wenigen Tagen nach fünfjähriger Kooperation zwischen Landwirtschaft und Gewässerschutz alle Beteiligten eine insgesamt sehr positive Bilanz gezogen haben, dann ist der Weg Nordrhein-Westfalens, möglichst wenig mit Ordnungsrecht zu arbeiten, dagegen viel über Zusammenarbeit zu erreichen, ein richtiger und richtungsweisender Weg, der mittlerweile auch von den europäischen Agrarministern unter dem Motto diskutiert wird, ob nicht auch für Europa solche Modelle, wie wir sie hier in Nordrhein-Westfalen vorexerzieren, beispielhaft sein könnten.

Frau Höhn, Ihnen möchte ich ein Angebot machen!

(Zurufe: Hey, hey! Na, na! - Heiterkeit)

Bei meiner bekannten politischen Haltung, nicht Ihnen persönlich, aber Ihrer Partei gegenüber,

(Zurufe: Aha!)

erzeugt meine Ankündigung jetzt natürlich Aufmerksamkeit. (C)

(Abgeordneter Kruse [CDU]: Überschätzen Sie sich mal nicht! - Heiterkeit - Weitere Zurufe)

Sie haben eine Rede gehalten. Was halten Sie von dem Angebot, das ich Ihnen mache: Wenn Sie im Parlament der Verwendung der Mittel nicht widersprechen, würde ich mich verpflichten, in sehr, sehr hoher Auflage diese Rede von Frau Höhn unters Volk zu bringen.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Ja!)

Jeder Landwirt sollte nämlich diese Rede, die Sie gehalten haben, lesen,

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Sehr schön!)

weil das die beste Garantie für die Erfüllung folgender Aussage ist: Landwirte wissen, einen Schwarzen kriegen sie nicht, einen Grünen wollen sie nicht, aber nach Ihrer Rede werden sie noch stärker als bisher einen vernünftigen Roten wählen.

(Heiterkeit - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das werden wir sehen! - Beifall bei der SPD - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Gilt das Angebot auch für andere Abgeordnete?) (D)

Deshalb: Nehmen Sie es an?

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Ich würde gern etwas dazu sagen! Warten Sie ab!)

Als Zweites wollte ich sagen - -

Präsidentin Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Höhn?

(Minister Matthiesen: Ja, mit Vergnügen!)

- Mit Vergnügen, bitte.

(Heiterkeit)

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Herr Minister Matthiesen, ich nehme dieses Angebot gern an. Sie sind schon einmal mit einer solchen Kampagne

(Höhn [GRÜNE])

(A) auf den Bauch geflogen. Diesesmal werden Sie es wieder tun. Vielen Dank für das Angebot!

(Beifall bei den GRÜNEN - Heiterkeit)

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Also, Frau Höhn, das war jetzt aber ein Schuß ins Knie; denn Sie haben doch eben ganz beifällig genickt, als ich Ihnen das Angebot machte! Ich gehe doch wohl recht in der Annahme, daß Sie mich anschließend, wenn ich Ihre Rede veröffentliche, nicht vor das Verfassungsgericht zerren!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich veröffentliche doch Ihre und nicht meine Worte!

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Sie müssen die Mittel schon korrekt bewilligen lassen!)

Ich denke, wir alle wünschen Siggie Martsch gute Besserung. Ich habe ihn heute morgen noch gesehen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

(B) Wir wollten heute nachmittag miteinander sprechen.

(Abgeordneter Nagel [CDU]: Nein, krank ist nur das Schwein!)

Sie wissen, daß ich ihn mag. Er fehlt mir wirklich.

(Zuruf der Abgeordneten Höhn [GRÜNE]: Mir auch!)

- Nein, Ihnen nicht; denn ich habe hier Ihre Landesreserveliste vorliegen. Und wenn er Ihnen in der GRÜNEN-Fraktion gefehlt hätte, wäre ein Mann wie Siggie Martsch, engagiert und solide, auf dieser Liste doch irgendwo aufgetaucht. Er ist nicht aufgetaucht!

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Über die Gründe will ich nicht spekulieren. Aber ich sage Ihnen ganz persönlich: Schade finde ich es. Das ist ein Mann mit Ecken und Kanten!

(Heiterkeit bei SPD, CDU und GRÜNEN)

Frau Höhn, ich habe schon einmal versucht, das auf andere anzuwenden; das ist mir nicht gut bekommen. Deshalb lasse ich das mal. - Also, der Siggie Martsch, wird uns, finde ich, allen fehlen.

(C)

Präsidentin Friebe: Jetzt gibt es noch einmal einen Wunsch zu einer Zwischenfrage von Herrn Uhlenberg, und Herr Nagel möchte es auch.

(Minister Matthiesen: Ja, bitte sehr!)

Herr Uhlenberg!

(Minister Matthiesen: Ja, Herr Nagel auch!)

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Herr Minister - bei aller Trauer um Siggie Martsch -, können Sie erklären, weshalb es in dieser großen SPD-Fraktion nicht einen einzigen Landwirt gibt?

(Beifall bei der CDU)

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Es ist nicht so entscheidend, ob es in einer Fraktion einen Landwirt gibt, entscheidend ist, ob alle SPD-Abgeordneten ein Herz für unsere Landwirte haben. Das ist das Entscheidende.

(D)

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und F.D.P.)

Sie sehen am Beifall unseres Ministerpräsidenten, daß er das auch hat.

Präsidentin Friebe: Herr Nagel!

Abgeordneter Nagel (CDU): Herr Minister, da uns beide - Siggie Martsch ist ja mein Gegenkandidat und wohnt auch in der gleichen Bauernschaft - die tiefe Trauer um Siggie verbindet, darf ich Sie fragen: Ist Ihnen überhaupt bekannt, daß gar nicht der Siggie, sondern sein Schwein krank ist?

(Große Heiterkeit)

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herr Nagel, wenn es so ist - was ich nicht weiß -, dann hoffe ich mit Ihnen

(Minister Matthiesen)

- (A) und mit allen zusammen inständig, daß es nicht die Schweinepest hat;

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

denn dann würde es ja auch für Siggie schlimm - mit dem Sperrbezirk usw., Sie kennen das ja alles. Allerdings füge ich hinzu: Dann bekäme er jetzt auch die Ausgleichszahlung. Das wäre vielleicht auch nicht schlecht.

(Heiterkeit und Beifall)

Und jetzt hat Frau Höhn noch gesagt, diese schlimme Naturschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen, das sei alles ganz fürchterlich. Ich weiß ja nicht, über welches Land sie redet. Und dann hat sie etwas gesagt - und da kann ich nun nicht widerstehen -, sie hat gesagt, der Kolkrabe wäre auch noch nicht wieder im Lande.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Nicht überall!)

- Nicht überall, gut. - Aber dafür kann ich Ihnen eine andere frohe Botschaft machen. Wir haben nämlich den Wendehals, das ist der Vogel des Jahres 1988,

- (B) (Heiterkeit)

gesichtet. Und wissen Sie, wie der in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen beschrieben wird? Ich überlasse es Ihnen, jetzt "herumzudenken". Der Wendehals: Irgendwie ist der Wendehals ein komischer Vogel. Er sieht aus wie ein Singvogel, gehört aber zu den Spechten. Und nun kommt es: Um mehr als 180 Grad kann der Wendehals dabei seinen Kopf verdrehen.

Frau Höhn, es darf spekuliert werden, sogar, wenn Sie wollen, in Ihrer unmittelbaren Nachbarschaft.

(Allgemeine Heiterkeit - Anhaltender Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. - Ich erteile jetzt Herrn Leifert für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Leifert (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Wir haben

nun etwas vom Wendehals und ich gerade vom Ministerpräsidenten sogar etwas von 15 Hühnern gehört, die er hält. Aber die können nicht von der Europäischen Schweinepest befallen werden, Herr Ministerpräsident; ich kann Sie da also trösten. Und wenn Sie auch noch fleißig in die Alterskasse einzahlen, bekommen Sie später auch mal die 937,50 DM Rente, und das wird Ihnen guttun. (C)

(Abgeordneter Hovest [SPD]: Worüber müssen wir denn jetzt lachen?)

- Worüber ich jetzt sprechen will, darüber müssen Sie nicht lachen, es ist nämlich eine sehr ernste Angelegenheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Minister hat meine Dringliche Anfrage, die ich gestellt habe, hier beantwortet. Ich meine, wir sind mit der Beantwortung dieser Anfrage und mit dem, was diese Antwort zum Inhalt hatte, für die in ihrer Existenz bedrohten Bauern in Teilen des Kreises Warendorf ein gutes Stück weitergekommen. Dafür sage ich auch von diesem Podium aus danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Ich begrüße diese Vereinbarung ausdrücklich. Es war sicherlich nicht einfach, Landwirtschaftsverbände, Landwirtschaftskammern, insbesondere aber die Schlachtbetriebe der Region - nicht aus ganz Nordrhein-Westfalen, sondern aus der Region - dazu zusammenzubringen, daß sie die nicht unerheblichen Schäden, die die Betriebe, die Mastschweine erzeugen, in diesem Bereich durch das Einschleppen der Europäischen Schweinepest erleiden, übernehmen. Das mag ja manchem lächerlich erscheinen, wenn man darüber redet. Aber wenn in solchen Betrieben von Ausfällen zwischen 50 000 und 200 000 DM - je nach Größe des Betriebes - die Rede ist, dann kann das für einen kleinen mittelständischen landwirtschaftlichen Betrieb von größter Existenzbedrohung sein. (D)

Ich sage ganz ausdrücklich: Daß die Schlachtbetriebe der Region diese Verluste durch die Vereinbarung übernehmen, ist lobens- und dankenswert. Auch das, meine ich, ist nicht selbstverständlich.

(Zustimmung des Abgeordneten Uhlenberg [CDU])

Aber, meine Damen und Herren, daß diese Schäden, wie anfangs in einer großen Versammlung in

(Leifert [CDU])

- (A) Everswinkel versucht wurde darzustellen, unbedeutend oder von nicht so großer Natur seien, das allerdings, zeigt diese Vereinbarung, ist nicht der Fall. Die Schäden sind von erheblicher Bedeutung, sonst müßten sie nicht in einer solchen Vereinbarung ausgeglichen werden.

Allerdings, eines bleibt: Diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe - und es sind die kleineren -, die Ferkel erzeugen, werden dies ohne jede weitere Hilfe, wenn hoffentlich kein weiterer Pestfall auftritt, überstehen müssen. Gerade auch diese kleineren Betriebe hätten der Hilfe bedurft. Ich sage das hier noch einmal ganz deutlich. Es werden viele kleinere Betriebe hier Schwierigkeiten bekommen, die sie unter Umständen allein nicht meistern können.

Aber jetzt noch eins, Herr Minister, zum Herz für die Landwirtschaft in der SPD! Es mag ja sein, daß Sie alle ein Herz für die Landwirtschaft haben. Aber am Fachverstand scheint es manchmal zu fehlen, siehe soziostruktureller Ausgleich.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Wer so etwas ablehnt, der mag zwar Herz haben, aber dem fehlt's am Verstand, dieses auch tatsächlich durchzusetzen.

(B)

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Eine ganz arrogante Attitüde!)

Bei der Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung hat das Herz für die Landwirtschaft dazu geführt, daß diese Beträge in wenigen Jahren von 30 Millionen DM auf 20 Millionen DM zusammengestrichen worden sind.

Meine Damen und Herren, entweder fehlt es da an Herz - aber das habe ich ja nicht bestritten - oder an Fachverstand. Wo der schwer notleidenden Landwirtschaft auch vom Land geholfen werden könnte, da tun Sie es nicht. Sie kürzen 1 Millionen DM bei der Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung und stocken gleichzeitig das Gewässerauenprogramm um 7 Millionen DM auf 10 Millionen DM auf. Meine Damen und Herren, wenn Sie gewollt hätten, wäre Geld dagewesen.

Geben Sie also Ihrem Herzen einen Stoß und folgen Sie dem Fachverstand auch in dieser Frage. - Danke schön.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Leifert. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über die Änderungsanträge ab.

Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/8155 - Stichwort: Altlastensanierung - auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Die SPD. Enthält sich jemand der Stimme? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/8156 - Stichwort: Unterhaltung der Gewässer -. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - CDU, F.D.P., GRÜNE. Wer ist dagegen? - SPD. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/8157 Teilbereich 9 - Stichworte: Ökologische Sonderfonds, Umwelt/Energie, Landwirtschaft -. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(D)

(Zuruf von der SPD: Einer!)

- Nein, zwei; die Fraktion DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - SPD, CDU und F.D.P. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/8168 - Stichwort: Ökologischer Sonderfonds Bodenschutz -. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen - DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - SPD, CDU und F.D.P. Der Antrag ist abgelehnt.

(Präsidentin Friebe)

- (A) Ich rufe auf den **Änderungsantrag** der Fraktion DIE GRÜNEN **Drucksache 11/8169** - Stichwort: Informationskampagne zur Ozonproblematik -. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - F.D.P. und GRÜNE. Wer ist dagegen? - SPD und CDU. Gibt es Enthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf den **Einzelplan 10** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/8010**. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen daß der Einzelplan 10 damit in zweiter Lesung **angenommen** ist.

(Zuruf)

- Ach so. Darf ich bitten, den **Änderungsantrag** der Fraktion DIE GRÜNEN **Drucksache 11/8168** noch einmal zur Hand zu nehmen. Offenbar habe ich hier etwas vergessen. Ich habe zwar diesen Änderungsantrag aufgerufen; aber er hat zwei Ziffern, nämlich: Anlage 1: Ökologischer Sonderfonds Bodenschutz und Anlage 2: Stärkung der Umweltverwaltung. Über diese **Anlage 2** - Stärkung der Umweltverwaltung - lasse ich jetzt noch einmal abstimmen.

- (B) (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Der Einzelplan 10 ist doch schon durch!)

- Trotzdem lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Ich hatte über den Änderungsantrag Drucksache 11/8168 zusammengefaßt abstimmen lassen. Aber hier kommt der Hinweis, daß man das einzeln hätte machen müssen. Also lasse ich noch einmal darüber abstimmen, damit es ganz klar ist.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - SPD, CDU und F.D.P. Enthält sich jemand der Stimme? - Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**, und der Einzelplan 10 ist schon soeben in der Fassung der Beschlußempfehlung in zweiter Lesung **angenommen** worden. - Herzlichen Dank!

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, wir kommen zu **Nummer 5:**

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

(C)

Als erste Rednerin wird Frau Abgeordnete Hieronymi für die Fraktion der CDU das Wort ergreifen.

Abgeordnete Hieronymi (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Glaubwürdigkeit in der Politik - ich denke, dies müßte eigentlich in besonderer Weise die Leitlinie des Haushalts des Ministerpräsidenten sein, über den wir jetzt beraten. Ich nehme deshalb die Haushaltsberatungen zum Anlaß, um dies in drei wichtigen Aufgabenfeldern beispielhaft zu überprüfen.

Erstes Beispiel: Unterbringung der Staatskanzlei. Das Ständehaus, der historische Ort der parlamentarischen Geschichte unseres Landes, sollte nach dem Umzug des Landtags in diesen Neubau 1988 Sitz des Ministerpräsidenten werden. Doch schon bald nach dem Umzug zogen sich die Landesregierung und insbesondere der Ministerpräsident von diesen ursprünglichen Plänen zurück - aus Sparsamkeitsgründen, hieß es,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten -)

weil die Kosten für die Sanierung des denkmalgeschützten Baus zu hoch seien.

(D)

Das historische Haus soll nun verkauft und als Hotel oder ähnliches genutzt werden. Meine Damen und Herren, zu Recht ist nicht nur in Düsseldorf, sondern über alle Fraktionsgrenzen hinweg breiter Protest gegen diese Pläne entstanden.

In den letzten Jahren ist deutlich geworden: Nicht aus Gründen der Sparsamkeit, wie Herr Rau vorgegeben pflegt, sondern weil die Staatskanzlei zu groß geworden ist, paßt das Ständehaus nicht mehr.

(Zuruf von der SPD: Ist das ein Niveau!)

Meine Damen und Herren, wie kein anderes Ministerium ist die Staatskanzlei in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. 1995, Herr Minister Clement, will die Staatskanzlei insgesamt 424 Mitarbeiter beschäftigen. Zum Vergleich: Zehn Jahre vorher, 1984, lag die Zahl bei 323; eine Steigerung von 31 %.